

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 1923 M. ...

Telegraph-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenpreisliste ...

weniger für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 2. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Ruhrkohlen-Blockade.

Die französische Regierung ist dazu übergegangen, die Ausfuhr von Kohle aus dem Ruhrrevier mit militärischer Gewalt zu verhindern.

Der Krieg, der jetzt im Herzen Deutschlands zwischen der brutalen Gewalt der Eindringlinge und der gewaltlosen Widerstandskraft der Ueberfallenen geführt wird, hat mit der Abschneidung der Kohlentransporte eigentlich erst recht begonnen.

Von der Erreichung dieses Ziels sind wir noch weit entfernt. Ihm mit entschlossener Kraft zuzustreben, ist die geschichtliche Aufgabe, vor die wir gestellt sind.

Es gilt also, das Kampffeld und die Kampfmittel richtig zu wählen, dann besteht zum Verfolgen kein Grund. Die größte Gefahr ist, daß der Böbelgeist nationalistischer Aufreizung alles verdirbt.

Die französische Verbalnote hat folgenden Wortlaut:

Mit Note vom 17. Januar hat der Minister des Auswärtigen Amtes die Ehre gehabt, den deutschen Geschäftsträger erneut darauf aufmerksam zu machen, daß die Maßnahmen, die die französische und belgische Regierung unter Mitwirkung der italienischen Regierung getroffen haben, um Deutschland zur Lieferung der Frankreich geschuldeten Kohle zu veranlassen,

keineswegs den Charakter eines militärischen Unternehmens tragen. Diese Maßnahmen sind, wie der deutschen Regierung durch die Mitteilung vom 10. Januar bekanntgegeben ist, auf Grund der durch die Reparationskommission festgestellten Verfümmnisse Deutschlands bei der Ausführung der Reparationsprogramme ergriffen worden, soweit sie die Lieferung von Holz und Kohle an Frankreich betreffen.

Zunächst hat die deutsche Regierung den Zeichenbesitzern erklärt, daß die von ihnen auf Reparationskonto gelieferte Kohle von der Regierung keine Bezahlung finden würde.

Nachdem der Leiter der Ingenieurmission bekanntgegeben hatte, daß die alliierten Regierungen bereit wären, diese Kohle unmittelbar zu bezahlen, verbot die deutsche Regierung den Zeichenbesitzern sogar, die Lieferungen gegen Bezahlung durchzuführen.

Seit diesem Zeitpunkt ist die Obstruktion der deutschen Regierung dauernd gewachsen.

Die Reparationskommission hat am 16. Januar Verfümmnisse hinsichtlich der Kohle wie des Viehs, sowohl bezüglich Reparations- wie Restitutionsleistungen, feststellen müssen.

Schließlich gefährdet die deutsche Regierung durch die von ihr erteilten Instruktionen und durch die Erregung, die sie unaufhörlich unter die Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten sowohl an der Ruhr wie auf dem linken Rheinufer trägt, die geregelte Ausbeutung der Wälder und Fische an der Ruhr.

Unter diesen Umständen, angesichts der durch die Reparationskommission festgestellten Generalverfümmnisse, setzt die französische Regierung, die sich dabei auf § 18 Anhang II Teil III des Vertrages von Versailles stützt, die deutsche Regierung in Kenntnis, daß

vom 1. Februar ab keine Versendung von Kohle und Koks aus dem besetzten Gebiet nach dem übrigen Deutschland mehr stattfinden wird.

Wir sprechen über die Kohlenzufuhrsperrre auch im wirtschaftlichen Teil des Blattes.

Grünners Antwort.

Düsseldorf, 1. Februar. (WZ.) General Degoutte hat dem Regierungspräsidenten Dr. Grünner folgenden Befehl übermittelt: Die Ausfuhr von Koks und Kohle nach dem unbesetzten Gebiet ist vom 1. Februar ab verboten.

Daraufhin hat der Regierungspräsident an den Oberdelegierten für die deutsche Zollverwaltung, General Dennigues, folgendes Schreiben gerichtet:

Ich kann die Abbrufe der Anordnung des Herrn Generals Degoutte betreffend das Verbot der Kohlenausfuhr aus dem besetzten Ruhrgebiet in das unbesetzte Deutschland nicht weitergeben. Da die deutsche Regierung den Einbruch der französischen und belgischen Armeen als einen Vertragsbruch ansieht und die deutschen Behörden angewiesen hat, keinerlei Anordnungen auszuführen, welche eine Folge dieses Einbruchs darstellen, würde es für mich und alle deutschen Beamten eine Pflichtverletzung sein, wenn ich diese Anordnung, die von deutscher Seite als unberechtigt angesehen werden muß, zur Kenntnis der beteiligten Stellen bringen wollte.

Sperremaßnahmen.

Essen, 1. Februar. (WZ.) Die Eisenbahnanlagen an der willkürlich errichteten Abzweigungslinie sind, soweit bisher noch nicht geschehen, in der vergangenen Nacht militärisch besetzt und es ist mit der Zurückhaltung der Kohlen-, Koks- und Beergzüge begonnen worden.

Auch die neuen Gewaltmaßnahmen werden das Ruhrrevier für Frankreich und Belgien nicht zu einem produktiven Pfand machen. Die beiden militarisierten Strecken, die in Pönnen und Vorhalle enden, werden nur schwer im Betrieb erhalten.

verhängt worden. Während dieser Sperre werden die festgelegenen Wagen und Züge auf die Nebengasse herausgezogen und dort geordnet.

Gebote der Not.

Von H. Orzeinst.

Die Befehle des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hat die Reichs- und preussischen Staatsbehörden vor politische und wirtschaftliche Aufgaben gestellt, die denen von 1914 bis 1918 in keiner Weise nachstehen.

Die Opferbereitschaft, die alle Kreise des deutschen Volkes zeigen, der äußerst bedrängten Bevölkerung des Ruhrgebietes durch Zuwendung von Lebens- und Geldmitteln zu helfen, ist sehr erfreulich.

1. Um die gleichmäßige Versorgung der Ruhrbevölkerung mit den Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs, ohne daß der Bevölkerung des übrigen Deutschland mehr wie erforderlich entzogen wird.

2. Um die Bereitstellung dieses Lebensbedarfs zu ermöglichen, nur der wirklichen inneren Marktentwertung Rechnung tragenden Preisen und rücksichtslos Bekämpfung jeglichen Waren- und Preiswuchers mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

3. Um die gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Geldmittel an die wirklich Bedürftigen.

4. Um die Festigung der Ueberzeugung in der Bevölkerung, insbesondere in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterklasse, daß die Reichs-, Staats- und privaten Stellen wirklich alles tun, um den breiten Schichten des Volkes ihre furchtbare Lage so zu erleichtern, wie das unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse überhaupt möglich ist.

Die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft, die meines Erachtens die beste Gewähr für die ordnungsmäßige Versorgung der Bevölkerung zum mindesten mit Lebensmitteln bieten würde, erscheint im Augenblick unmöglich.

Durch die Gemeinden wären zweckmäßigerweise auch die Geldmittel zu verteilen. Durch ihre zentralen Wohlfahrtsstellen sind sie unter Heranziehung von Vertretern aller in Frage kommenden gewerkschaftlichen und privaten Wohlfahrtsvereinigungen am besten in der Lage, die Bedürftigen zu ermitteln und entsprechend dem Grund der Bedürftigkeit im einzelnen Falle je nach Zweckmäßigkeit Geld oder Naturalien zu geben.

Außerst wichtig ist die Versorgung mit Fleisch, Frischem, Feiten, Kartoffeln und Milch für Kinder und Schwangere. Hier nur einige Hauptfragen: Bei Fleisch ist besonders die Versorgung mit amerikanischem Gefrierfleisch nötig.

Die Bewirtschaftung dieser wichtigen Lebensmittel ist auch der Preiskontrolle und der Sicherung der Bevölkerung gegen wucherische Ausbeutung wegen nötig. Der gewinnfüchtigen Preistreiberi rücksichtslos entgegenzuwirken ist eine weitere sehr wichtige Aufgabe der Behörden.

Aus den verschiedensten Gegenden des Reiches liegen bereits beunruhigende Meldungen über das Treiben ge-

wissenloser Elemente vor, die die furchtbare Not des deutschen Volkes ausbeuten. Sie reisen in den hauptsächlichsten Erzeugergebieten der nicht besetzten Teile des Landes umher, und kaufen Lebensmittel zu jedem Preise in der sicheren Erwartung auf, sie in den Großstädten und im neu besetzten Gebiet mit Liebergewinnen wieder verkaufen zu können. Mit Hartnäckigkeit erhält sich sogar die Nachricht, daß diese Personen die Befugnisse der Polizei mit sich führen. Dieses Aufkaufwesen muß rücksichtslos bekämpft und dem verbrecherischen Treiben am deutschen Volke muß mit größter Energie begegnet werden. Von der Reichsregierung ist zu verlangen, daß sie ihre gesetzgebenden Befugnisse sofort restlos ausschöpft und, wenn der Reichstag beisammen ist, entsprechende Gesetzesvorlagen einbringt, damit die Exekutivbehörden der Länder die Mittel zur wirksamen Führung dieses Kampfes in die Hand bekommen.

Eine nicht unwesentliche Ursache der Preissteigerungen ist in der großen Zahl der den Handel ausübenden Personen zu suchen. Weit über das volkswirtschaftliche Bedürfnis hinaus besaßen sich heute in großer Zahl parasitäre Existenzen mit dem Aukauf und Handel von Waren. Eine Verminderung ihrer Zahl ist ein allgemeines Bedürfnis.

Durch eine entsprechende Verordnung muß die Reichsregierung alsbald den Großhandel mit allen Lebens- und Futtermitteln und deren Aukauf von der Neuerteilung einer Erlaubnis abhängig machen, die von den oberen Verwaltungsbehörden der Länder auch aus volkswirtschaftlichen Gründen endgültig verweigert werden kann. Die zurzeit in Frage kommenden Bestimmungen — auch solche der Reichsgewerbeordnung über Wandergewerbe — können in Betracht — die den Handel bzw. Aukauf von Vieh, Kartoffeln, Butter und Käse betreffen, er-mangeln des einheitlichen Aufbaues und der Klarheit, so daß die Exekutivbeamten vielfach nicht mehr wissen, was rechtens ist. Eine Zusammenfassung und Durch-arbeitung ist daher ohnehin erforderlich.

Aber auch im Ruhrgebiet selbst ist die Schaffung besserer Voraussetzungen für wirksame Bekämpfung der Preistreiber notwendig und möglich. Nichts bringt die Behörden so sehr in Mißtrauen wie ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten. Diese Gefahr ist im Ruhrgebiet besonders groß. Sie liegt darin, daß das wirtschaftlich einheitliche Industriegebiet verwaltungsmäßig zu zwei Provinzen und drei Regierungsbezirken gehört. Soziale, wirtschaftliche und politische Maßnahmen und Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sind in der Vergangenheit in ihrer Wirkung oftmals durch diese Zerissenheit beeinträchtigt worden. Das trifft auch auf die Wucherbekämpfung zu. — Und gerade sie kann wirksam nur erfolgen, wenn sie von einer zentralen Stelle des Gebietes und ohne Rücksicht auf die Verwaltungsgrenzen einheitlich geleitet und kontrolliert wird. Von verschiedenen Seiten ist in letzter Zeit ohnehin die Einsetzung eines Reichskommissars für erforderlich gehalten worden. Man mache alsbald in den wichtigsten Fragen der Lebensmittelförderung und der Wucherbekämpfung den Anfang. Dabei soll die Wucherbekämpfung den Anfang bilden.

Eine wirksame Bekämpfung der Preistreiber wird leider durch das Mundschreiben erheblich erschwert, welches der Reichswirtschafts- und der Reichsjustizminister unter dem 16. Dezember 1922 an die Länderregierungen erlassen hat und das Grundzüge für die Feststellung des „angemessenen Preises“ gemäß § 1 Nr. 1 der Preistreiberverordnung vom 8. Mai 1918 aufstellt. Mit diesen „Grundzügen“, auf die im einzelnen hier nicht näher eingegangen werden kann, und die eine normale Marktfrage voraussetzen, ist für die Wucherbekämpfung heute schon um deswillen nichts anzufangen, weil eine normale Marktfrage nirgends und vor allem im Ruhrgebiet nicht besteht.

Die Reichsregierung hat durch eine, vom 20. Januar verbreitete Aufforderung an die Behörden und Gerichte den Wucherern und Schiebern erneut härteste Strafen angedroht. Nach den gemachten Erfahrungen sind solche Androhungen ohne sichtbare Wirkung, weil die Gerichte,

auch viele Buchergerichte, versagen. Und doch gibt es Mittel, die geeignet sind, den Wucherer schnell und wirksam zu treffen. Das ist die Entziehung der Handelserlaubnis durch die Polizei auf Grund der Verordnung vom 23. September 1915 und 24. Juni 1916 und den dazu gehörenden Ergänzungsverordnungen. Bei dieser Maßnahme der Polizei bedarf es keines gerichtlichen Verfahrens. Die Polizeiverwaltung bzw. die Handelserlaubnisstelle kann, ja sie muß nach freiem Ermessen handeln, und von der strengen Maßnahme der Handelsunterlegung Gebrauch machen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Handelsreibenden dartun. Man wende diese Bestimmungen rücksichtslos an. Einigen tausend unsauberen Elementen auf einen Schlag den Handel untersagen wirkt mehr wie die langwierigen Gerichtsverfahren mit meist negativem Ausgang.

Alle diese Maßnahmen schnell und entschlossen angewendet und konsequent durchgeführt, könnten Wunder wirken und tatsächlich den Beweis erbringen, daß von der jungen deutschen Republik wirklich etwas geschieht, um die Not des Volkes zu bannen. Wenn dann die Reichsregierung ihre Aufmerksamkeit auch der Preisbildung durch die Kartelle, Syndikate und Preisvereinigungen noch zuwenden, und gegen deren Wucher rücksichtslos einschreiten, d. h. die Voraussetzungen schaffen wollte, daß nicht die Kleinhändler, die bei Strafe des Warenentzuges zur Förderung der wucherischen Preise gezwungen sind, sondern die Vorstandsmitglieder der Kartelle usw., von denen die Preise festgesetzt worden sind, schwerer Bestrafung zugeführt werden, dann könnte sie mit Recht sich als eine Regierung bezeichnen, die die Zeichen der Zeit verstanden hat. Ich fürchte, die jetzige Reichsregierung wird dazu kaum in der Lage sein.

## Unmögliche Zustände.

### Einige Fragen an die bayerische Regierung.

Im Verlauf der Debatte im bayerischen Landtag über die Verhängung des Belagerungszustandes stellte Vizepräsident Genosse Auer an die bayerische Regierung folgende Fragen:

1. Ist der Minister des Innern gewillt, den Unfug abzustellen, daß Offiziere und Wachtmeister der Landespolizei in staatlichen Räumen und mit staatlichen Waffen nationalsozialistischen Sturmtruppenteilen im Waffengebrauch Unterricht erteilen?
2. Weiß die Regierung, daß Teilnehmer des nationalsozialistischen Parteitagess als Quartier eine Infanteriekaserne zur Verfügung gestellt erhielten?
3. Ist der Regierung bekannt, daß bei einzelnen Abteilungen der bewaffneten Macht Abstimmungen vorgenommen wurden, ob sie für den Fall eines Eingreifens gewillt seien, gegen Hitler vorzugehen?
4. Ist der Regierung bekannt, daß der Sturmtruppführer Buechte in den letzten Tagen in einer Reichswehrlasere mit 10 000-Mark Scheinen um sich geworfen hat und daß dieser Mann ein Spitzel der Entente ist, der bereits Waffenlager verraten hat?

Der Minister des Innern Dr. Schwenker erklärte, daß er über die Anfragen Erkundigungen einziehen werde. Die Frage eines Einschreitens gegen die Sturmtruppe werde gegenwärtig von der Staatsanwaltschaft einer Prüfung unterzogen.

Die Erklärungen des bayerischen Innenministers können in keiner Weise befriedigen. Zu oft sind von dieser Seite derartige Beruhigungspillen ausgegeben worden, zu oft hat man von dieser Seite die umfänglichen Pläne der Nationalsozialisten abgelehnt. Die Zustände, wie sie sich aus den Anfragen des Genossen Auer widerspiegeln, sind seit langer Zeit in ganz Deutschland bekannt. Die bayerische Regierung aber sieht sich auch heute noch nicht bemüht, einzuschreiten. Sie zieht Erkundigungen ein, läßt prüfen, das heißt, sie verschleppt die skandalöse Angelegenheit weiter, ebenso wie bisher.

Angeichts der Vorfälle, die sich in den letzten Tagen zwischen der Regierung und der Nationalsozialistischen Partei abgespielt haben, mußte es für jedes Parlament eine starke Belastungsprobe sein, wenn es vor die Frage gestellt wurde, ob es dieser Regierung auch weiter das Vertrauen schenke. Die bayerische Volkspartei stellte für die Regierung die Vertrauensfrage. Alle bürgerlichen Parteien stimmten für das Vertrauensvotum. Es sei festgestellt:

1. Die Nationalsozialistische Partei stelle der bayerischen Regierung Forderungen, die als hochverräterisch zurückgewiesen wurden.
2. Die bayerische Regierung verhängte darauf über München den Belagerungszustand.
3. Der Belagerungszustand wurde auf die Nationalsozialisten infolge weiterer Drohungen und infolge der Intervention des zum Kommissar für öffentliche Sicherheit ernannten Polizeipräsidenten von München nicht angewandt.
4. Der Vizepräsident des bayerischen Landtags Abg. Auer gibt in öffentlicher Sitzung bekannt, daß die Nationalsozialistische Partei sich auch nach Bekanntwerden der Vorfälle der Protektion amtlicher Stellen erfreut und daß in Teilen der zum Schutze der Staatsordnung berufenen Stellen förmliche Umfragen veranstaltet wurden, wie man sich im Falle eines Umsturzes zu verhalten gedenkt.
5. Die Regierung weiß darauf nichts zu erwidern.
6. Die bürgerlichen Parteien sprechen dieser Regierung trotz ihrer Vertrauensaus.

Nach diesen Feststellungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Verhältnisse in Bayern Entwicklungen zutreiben, die in Italien gewisse Parallelen finden. Es ist Pflicht, zu fragen, inwiefern durch ein derartiges Treibenlassen unhaltbarer Zustände auch die Interessen des Reiches geschädigt werden. Der Reichstag wird sich in seiner heutigen Sitzung mit dieser Frage zu beschäftigen haben.

## Die Steuerlasten des Arbeiters.

### Beratungen mit dem Finanzminister.

Berater der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind an den Reichsfinanzminister Hermes mit der Forderung herantreten, die steuerfreien Ermäßigungen beim Lohnabzug bereits im Februar zu erhöhen und die steuerlichen Lasten für die Kurzarbeiter zu ermäßigen. Die Kurzarbeit greife in ungeheuerlichem Maße um sich. Bei dem verminderten Einkommen und den höheren Steuerlasten könne der Kurzarbeiter nicht mehr auskommen. Reichsfinanzminister Hermes erkannte die Notwendigkeit einer Erhöhung der steuerfreien Ermäßigungen an, wies jedoch auf die technischen Schwierigkeiten einer Erhöhung im Laufe des Monats Februar hin. Der von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion gewünschte Ausweg der Nichtanziehung des Lohnabzuges für eine Woche wurde von ihm als erwägenswert bezeichnet und zugesichert, daß auch die Steuerermäßigung für die Kurzarbeiter sofort vorgekommen werden soll. In einer Sitzung, die am Sonnabend mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften stattfand, soll zu diesen Fragen und zu der Frage der automatischen Anpassung der steuerfreien Ermäßigungen an die Geldbewertung Stellung genommen werden.

## Vertagung des Reichstags!

Während die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags den dringenden Wunsch hat, daß der Reichstag in dieser kritischen Lage versammelt bleiben möge, drängen alle bürgerlichen Parteien auf Vertagung. Unsere Fraktion war bereit, einer kurzen Vertagung bis zum Dienstag nächster Woche zuzustimmen. Wahrscheinlich werden aber in der Reichstagsitzung vom Freitag die bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschließen, den Reichstag bis zum 12. Februar zu vertagen.

## Problematische Musik.

### Konzertumschau von Kurt Singer.

Solange es Musikgeschichte gibt, erst recht, solange es ein öffentliches Konzertieren gibt, hat man von Kämpfen, von Richtungen gehört. Immer ist eine Bewegung von den Freunden als das Letzte in der Entwicklungslinie einer Kunstart umworden, von den Feinden, den Rebellen, als reaktionär in Acht und Bann getan worden. Ein halbes Jahrhundert ist nötig, um solche Kämpfe im Sinne einer gerechten Geschichte zu entscheiden, um sagen zu können: dieses war ein Anfang, jenes ein Ende, dieses eine Fortsetzung, jenes ein Bruch mit der Tradition. Und sogar über das Schöpferische, das Wesentliche der Tat können Zeitgenossen irren. Wenn einst der Streit um die Pappschicht hieß: Gluck oder Piccini, Wagner oder Brahms, Bruckner oder Mahler, große Oper oder Musikdrama, so standen haben und drüben immer rührige und ehrliche Fechter. Und ein halbes Jahrhundert später lächelte man über die Höhe des Krieges. In der Entwicklung von Richtungen der Kunst gibt es keine unorganischen Sprünge, und das Spekulieren mit dem Aperton, das Hebelgucken mit der Theorie rächt sich bald, wenn die Bestätigung durch das große, groß gewollte Werk ausbleibt. Der heutige Kampf um die Monalität ist gut; aber er bleibt Spielerei, wenn das vorhandene, zwingende, begründende Werk fehlt. Es fehlt, bei Schönberg, dem Goltz, bei Strawinski, dem Drogobiten, bei allen bösen Geisern ihrer Endzeit. Kaum ist zu erkennen, wer da begabt, wer da simpler Techniker ist. At eine sinfonische Musik op. 11 von Stravinski ein Kunstwerk oder bloß Handwerk? Der junge Mann hat schon seltsame Befähigungsnachweise erbracht. So muß man ihm durch die und dann mit Respekt folgen. Aber was hier — unter Scherchen's Flug fahrender Hand — erklingt, ist schrecklich langweilig. Was da bewußt an Klangbrunn, Klangschönheit veräußert wird, ist leider nicht durch Ausdruck, nicht durch Geist oder Kraft wettgemacht. Eine Papiermusik, fleißig und willkürlich hingeföhrt, mit einer Bewußtlosigkeit der Kammermusikorgane, die das Ohr beleidigt, das Herz nicht erfreut, kaum das technische Interesse fesselt. Handwerk, Theorie, nicht Kunst — so ernst es auch gemeint, so sauber es auch gespielt war. Hindemith ist ein viel stärkerer, sinnlicherer Musiker. Ihm blüht schon in seinem Niedergang „Die junge Lady“ der Text Tralls zu einer Konzentration. Weder hat er dem schwachen Wort gegenüber zu wenig freischwebende Phantasie. Die keine Wirkung ist ihm Nebenache, er gibt einen musikalischen Hintergrund, der farblich, zart, transparent und eigenartig ist, auf dem sich vor allem eine ausdrucksvolle Stimme (Lina Debüler) ruhig und frei entfalten kann. Das Kolort dieses Soloorchesters ist ein anderes, als wir es gewohnt waren; es lebt und webt etwas, keine Stare bedrängt das Ohr. Ein Fertiges ist es nicht. Bei solchem Talent für elegische Stimmungen wird sich Hindemith eines Tages als ein ganz anderer entpuppen. Monal oder nicht — eine große Begabung ringt sich durch. Es uns fähig gemacht zu haben, ist Verdienst der Internationalen Musikgesellschaft und einiger ebenso wagemutiger wie tüchtiger Frankfurter Musikanten.

Ein anderes Bild zeigt auf: Furzwängler, der sich mit dem Schönberg-Improvisationen einen Erfolg bei der Ultra-Partei holte, macht aus der Bieleitigkeit seines musikalischen Wesens kein Hehl und verschönt sich durch die Aufführung einer Sinfonie H-Roll von

Mag Trapp mit dem Urstamm der Philharmonischen Konzerte. Die meisterliche Interpretation ward mit Erfolg für den Berliner Komponisten. Auch der macht aus seinem Herzen keine Rädergrube. Er liebt die Melodie, er glaubt an die Inspiration, er sucht die innerste Verbindung von Form und Inhalt — so bekennet er im Programmheft. Er könnte etwa noch hinzufügen: ich bin ein echter und wahrhaftiger Schüler von Richard Strauss, dessen sinfonische Dichtungen mir in Fleisch und Blut übergegangen sind, dessen orchestrale Farben ich mimikrartig annehme; ich deresse Bruckner, vor dessen Adagio-Insall ich das Knie beuge. Ich bin ein moderner Elektriker, der seinen Halt noch nicht in sich selber fand. Wirklich: diese Sinfonie spreizt sich ein bisschen sehr, um ihre Kleingelbigkeit zu verdecken. Sehr gute Arbeit, eingängiger Klang sind ihr eigen; die Themen des ersten Satzes würden einer Violinsonate zur Ehre gereichen, die innere große Spannung, der Trieb zur Entwicklung fehlt ihnen; ein Scherzo huscht led vorbei, im Adagio singt und kringt es möglich, ohne Verleitung von Sehnsucht und Leid; und der letzte Satz, orchestral der interessanteste, hat jenen blühkräftigen Aufschwung, den Strauss' Don Juan uns ins Blut peilt. Ja, Strauss' sein Tal Gulempiegel schlägt in aller Schelmeweise auf diesen jungen und jüngsten Musikern die Peitsche um die Nase und zeigt, was Einfall, was Handwerk, was Verschmüßerung von Form und Inhalt ist.

Die sinfonische Kulese unter den wenig Bekannten war nicht gerade hervorragend. Durchschnittemusikanten trifft man ja in Berlin selten; aber das Große streifen auch nur die wenigsten. Hedwig Fajsbänder ist seit dem vorigen Jahre sicherer, gewandter geworden. Ihre Geige hat Ton bekommen. Die Chaconne dürfte sie mit den besten Interpretationen bei einem guten Beherer gut ausfallen. Karl Thomann köhlt im Tonhergeben weit über das Ziel beim Mozartschen D-Dur-Konzert. So herb, so kraftgeladen spielt man Bach, nicht Mozart. Es ist, wie wenn jemand Sekt aus dem Maßglas trinke. Von Georg Schumann sicher begleitet, gab er handwerklich recht Gutes. Rudolf Volk besticht durch Schönes, lang auf der Geige, Ernst der Auffassung und Eleganz des Strichs (Spohr: D-Moll-Konzert). Emanuel Feuer mann läßt in Beethovens A-Dur-Sonate die Seele des Cellos ausklingen; mit Baloch am Flügel machen klassische und virtuose Stücke künstlerische Wiene. Ludwig Franchetti ist ein guter, ein nachdenklicher Pianist, der Bachsche Präludien und Fugen mit forbigem Ton und ohne pedantische Hineinziehung zu spielen weiß. Er macht Musik, ohne lehrmeisterlich zu sein; in sehr gut geübtem Spiel weiß er einen ganzen Abend mit Bach zu interessieren.

Niedriger hängen! Wir erhalten folgende Zuschrift unseres Musikreferenten: Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich in ihrer Ausgabe vom 28. Januar gemüßigt, ihre Leser vor dem Besuch eines Konzerts zu warnen, das ich in meiner Eigenschaft als Dirigent des „Berliner Kerzle-Chors“ Dienstag, den 31. d. M., leitete. Praktisch genommen war die Warnung überflüssig, denn das Konzert war völlig ausverkauft. Auch ist es kein behagliches Gefühl, vor einigen von den 75 Besern dieser Zeitung zu musizieren. Was aber das moralische Niveau dieser Anknüpfung kennzeichnet, ist: 1. Sie ist bei der sprichwörtlichen deutschen Ehrlichkeit und Pannhöflichkeit dieser Art Journalisten nicht

namenlich gezeichnet; 2. sie verschweigt, daß die Ausführung zum Besten von Artzweimen und eines Blindenheims stattfand; 3. sie fühlt sich „abgestoßen“ durch die Gesichter, die einem „deutschen Christen“ dort aus Chor und Orchester entgegen-glänzen“. Das ist der eigentliche Pferdesch, mit dem hier getreten wird: Juden-fresserei. Böllische Einstellung nicht nur einem Kunstwert, nein, auch den Ausführenden gegenüber. Ueber die materielle Grundlage dieser Kunstbanauerei will ich mich gar nicht äußern; denn wenn ich diesen Herrschaften selbst nachweise, daß unter den 45 Herren des gemischten Chors nur 7 semitische Sänger waren, so würden diese Rechenhelden erklären, die anderen 38 seien getauft. Aber die Worte des „Deutschen Requiems von Brahms sind ja „überwiegend dem Neuen Testament entnommen“. Ueberwiegend, nicht ganz. Die Verse aus Dejalos z. B. müssen also dann von Juden, und nur von Juden, die aus der Bergpredigt von reinrassigen Christen gelungen werden, um in religiösen Menschen Anknüpfung zu finden. Man sieht, wohin die Borniertheit dieser behenden Dummköpfe führt. Aber sie ruhen nicht; sie zerrampeln eben jeden Vorzeilananden, in dem es nach Juden klingen könnte. Sie schreien nach nationaler Kunst. Führt man dann nach zwanzigjähriger Pause die C-Moll-Messe Beethovens auf, so wehren sie, das könne nur ein Kaffereiner. Wollen, Können, Würdigkeit, Indrust ist ihnen gleichgültig, — wenn nur die Partei nicht zu kurz kommt. Das alles in der Zeit des Burgfriedens, in einer außerpolitischen Angelegenheit, die Armen und Bedrängten zugute kam. Die musikalische Berichterstattung dieses Wintertätens hat neben einem Uniozialreporter, den die deutsche Sprache hoch, ein gewisser Herr P. Der machte jüngst Bayreuth mobil, um die Festspiele rassenrein zu erhalten. Er bekam daraufhin von Siegfried Wagner, der gewiß kein Judenfreund ist, einen Brief voller moralischer Ohrfeigen. Und die Gegenpropaganda unterdies. Ein guter deutscher Christ kann keinen Juden leiden, doch seine Geister nimmt er gern. Das journalistische Anstandsgefühl, die Freiheit der Kunst, die rein menschliche Anständigkeit und schließlich der — in der „Deutschen Zeitung“ am wenigsten heimische — Verband hätte die Krigelei des Anonymus unterdrücken müssen. Denn — von aller bornierten Prinzipienreiterei abgesehen — der Text des Brahmschen Requiems ist so ärmlich, so groß, gütig und tröstend, doch er in Kirchen, Synagogen, Moscheen erklingen könnte und überall die Herzen höher schlagen ließe. Ein Kunstwerk wird beschmutzt, wenn es von solchen Hältern der Ideale wie den Herren der „Deutschen Zeitung“ angefaßt wird. Und eine Nase selbst hängt an, nach Schmierigkeit zu duften!

Kurt Singer.

Die Brücke mit der größten Spannung. Nach den jetzt vorliegenden Plänen für eine zwischenstaatliche Hängebrücke zwischen Detroit in den Vereinigten Staaten (zwischen Huron- und Erie-See) und Windsor in Kanada über den St.-Clair-Fluß wird diese Brücke mit 1302 Fuß (549,25 Meter) die größte einzelne Brückenspannung der Welt haben und damit noch um 24 Zoll (60 Zentimeter) die bis dahin weitestgespannte große Auslegerbrücke von Quebec übertreffen. Der Betrieb über die Brücke wird sich in zwei Stockwerken bewegen, im oberen der Automobil-, Wagen- und Fußgängerverkehr, im unteren der Zugverkehr. Man rechnet mit einer Bauzeit von zwei Jahren bis zur Eröffnung des oberen Stockwerkes und mit zwei weiteren Baujahren bis zur gänzlichen Fertigstellung.

## Neue Blankovollmacht für Poincaré.

Paris, 1. Februar. (WZ.) Die Kammer hat am Schluss der heutigen Sitzung auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré mit 485 gegen 81 Stimmen beschlossen, die Erörterung der Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung, die morgen stattfinden sollte, zu vertagen, damit, wie Poincaré sich ausdrückte, die Regierung in Ruhe ihre friedliche (!) Aktion zur Erlangung von Reparationszahlungen (?) fortsetzen könne.

Paris, 1. Februar. (WZ.) Im Laufe der Geschäftsordnungsdebatte, die sich heute in der Kammer entwickelte, gab Abgeordneter Herriot namens der radikalen Partei eine Erklärung ab, in der er betonte, die Befreiung des Ruhrgebiets erscheine seinen Fremden als Folge einer seit langen Monaten in Genua und bei den späteren Konferenzen konsequent durchgeführten Politik. Diese Politik sei nicht die seiner Partei, und sie übernehme keine Verantwortung für sie. Nach ihrer Auffassung ließen sich die Frankreich gebührenden Reparationen und Frankreichs Sicherheit nur gewährleisten durch eine Politik, die die internationale Anleihe, die feste Aufrechterhaltung der Allianzen und Freundschaften Frankreichs und das Schiedsgerichtsverfahren zur Grundlage habe. Aber die Operation im Ruhrgebiet sei im Gange. Die radikale Partei stelle sich über die Parteipolitik und lehne es ab, etwas zu tun, was die Handlungen der Nation behindern könne. Sie werde an die demokratische Partei Englands und der Vereinigten Staaten appellieren, damit sie ihr bei der Erlangung der Reparationen behilflich seien, und an die demokratischen Parteien in Deutschland, damit sie die deutschen Kapitalisten zwingen, die Reparationen zu leisten, und damit sie die Aktion der französischen Radikalen unterstützen. Unter diesen Vorbehalten billige die radikale Partei die Vertagung der Interpellationsdebatte.

Nach einigen kommunistischen Rednern, von denen der Abgeordnete Berthoin von der Möglichkeit blutiger Zwischenfälle sprach, erklärte der Führer der Sozialisten Blum, das Vorgehen der Regierung habe bis jetzt zu

Enttäuschungen materieller Art geführt, die allein seine Partei davon abhalten würden, mit Still-schweigen über diese von ihr als unheilvoll für Frankreich erachtete Politik hinwegzugehen.

In der weiteren Debatte schloß sich Abgeordneter Poincaré im Namen der republikanisch-sozialistischen Partei der Erklärung Herriots an und betonte insbesondere, die Schwierigkeiten, die die Operation im Ruhrgebiet mit sich bringe, machten es ihm zur Pflicht, für die Vertagung zu stimmen.

Alsdann wurde wie bereits gemeldet, der Regierungsantrag, die Interpellationen zu vertagen, angenommen.

## Bedeutungsvolle Äußerungen des Sekretärs Bonar Laws

London, 1. Februar. (WZ.) Das Parlamentsmitglied Davidson, der parlamentarische Privatsekretär Bonar Laws, erklärte in einer Rede in Harpenden, daß die unabhängige Aktion der französischen Regierung zur Vornahme jeder Hoffnung auf Reparationen durch Deutschland führen werde. Die Vermählungen in Frankreich müßten von Deutschland wieder gutgemacht werden. Die französische Besetzung zerstöre jedoch völlig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Wie „Star“ berichtet, erklärte Davidson, die Franzosen erwarteten Beistand und Hilfe von derselben Art. Sie könnten nicht beides zu gleicher Zeit haben. Sie ließen bei diesem Verzuge Gefahr, sich selbst zu ruinieren. „Star“ zufolge stellen diese Äußerungen des Privatsekretärs Bonar Laws genau die Ansicht der britischen Regierung dar. Ein in enger Fühlung mit dem Premierminister stehendes Parlamentsmitglied habe heute erklärt, dies sei nicht nur die Meinung jedes Ministers der Krone, sondern so gut wie jedes vernünftigen Menschen in England.

## Delegation zum französischen Parteitag.

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am 2. Februar in Lille beginnt, vertritt im Auftrage des Parteivorstandes Genosse Dr. Rudolf Hilferding die deutsche Sozialdemokratie. Er ist — nach anfänglicher Verweigerung der Einreise-erlaubnis — am Mittwoch abend nach Lille gereist.

## Ganz für sich!

Die Münchener Polizei ließ einen Wortschatz kauen, weil er ein Attentat auf Gen. Scheidemann nur „ganz für sich“ geplant habe.

Ein Jüngling lebt am Harstrande,  
So ganz für sich.  
Er dient bei der Hüter-Bande,  
So ganz für sich,  
Und grüßelt Tag und Nacht im Stillen  
Wie er den Scheidemann könnt' küssen,  
So ganz für sich.

Am End' beriet er sich mit andern,  
Doch ganz für sich.  
Die Polizei sang: „Laß ihn wandern!  
— So ganz für sich. —  
Dieweil ihm ja von seinen Laten  
Die andern sämtlich abgeraten.“  
(Doch ganz für sich!)

Was Bess'res kann kein Mensch verlangen  
So ganz für sich.  
Steh' dem! man doch den Spießer bange,  
So ganz für sich.  
Er sorgt um Bochum und um Essen,  
Er sorgt als Patriot indessen,  
Nur — ganz — für — sich!

Mich von Lindenheiden.

Ernst Troeltsch, der bekannte Religionsphilosoph und Professor an der Berliner Universität, ist gestern gestorben. Er war 1865 in Augsburg geboren, begann seine Lehrtätigkeit 1891 an der Universität Göttingen und setzte sie in Bonn und Heidelberg fort, von wo er 1914 nach Berlin berufen wurde. Bald nach der Revolution trat er als Unterstaatssekretär ins preussische Kultusministerium ein, dem er zwei Jahre angehörte. Neben seiner wissenschaftlichen und amtlichen Wirksamkeit fand Troeltsch auch Zeit zu politischer Betätigung: er ist deutsch-demokratisches Mitglied der preussischen Landesversammlung gewesen.

Das Klingler-Quartett wird im XI. Konzert der Volkshalle am 11. Februar, mittags 1/2 Uhr, im Theater am Schlossplatz Emanuel Streichquartett K-moll „Aus einem Leben“ und Beethoven's Cis-moll-Quartett zum Vortrag bringen.

Im Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen werden am 6. d. M. zwei neue Ausstellungen eröffnet: „Dollmännische Sandkammerzeichnungen des 17. Jahrhunderts“ und „Das graphische Werk von Eduard Münch“.

Zur Erinnerung. Die Februar-Ausstellung zeigt Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Plakate der ungarischen Expressionisten Verti und Woloh-Ragg. Die Ausstellung in Volksbamer Str. 184a täglich von 10-6, Sonntag von 11-3 Uhr geöffnet.

## Benesch kommentiert sich...

Prag, 1. Februar. (WZ.) Im Außenausschuß des Senates antwortete Minister des Äußeren Benesch auf verschiedene Fragen und Kritiken, besonders seitens der deutschen Senatoren. Auf den Vorwurf des Senators Riehnert (Soz.), daß der Minister nicht anführe, was Deutschland in der Reparationsfrage geleistet habe, erwiderte der Minister, daß er gerne alles anerkenne, was Deutschland schon geleistet habe und den Mut der deutschen Politiker anerkennen müsse, die die Kraft hatten, in der schweren Lage, in der sich Deutschland befinde, wenigstens das durchzuführen, was sie schon geleistet hätten. Leider sei das nicht genügend gewesen. Er stimme aber nicht mit der Ansicht überein, daß der Grundgedanke der französischen Reparationspolitik rechtswidrig sei. Er stimme mit Senator Riehnert darin überein, daß es im eigenen Lebensinteresse der tschechoslowakischen Republik liege, daß sich Frankreich und Deutschland einigten. Die tschechoslowakische Republik führe volle vier Jahre in diesem Sinne ihre auswärtige Politik. Die Erreichung einer solchen Einigung würde unzweifelhaft einen gewaltigen Vorteil für die Nationen der tschechoslowakischen Republik bedeuten.

Herr Benesch hat anscheinend unter dem Eindruck der einmütigen scharfen Kritik, die seine erste Rede bei allen deutsch-böhmischen Parteien hervorgerufen hat, erkannt, daß er in seinem Rechtfertigungsversuch zugunsten Poincarés viel zu weit, selbst vom rein tschechischen Standpunkt betrachtet, gegangen war. In seiner Antwort hat er nun versucht, einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Seine Bestätigung, daß Deutschland bereits manches und unter schwierigen Verhältnissen geleistet habe, streift die üblichen Behauptungen Poincarés Lügen, die diese Leistungen glatt leugnen. „Nicht genug“, fügt er aber hinzu; er hätte jedoch objektiv bekunden müssen, daß Deutschland nie genug nach dem Geschmad des „Nationalen Bloks“ zu leisten vermocht hätte.

Die Behauptung Benesch's, daß Frankreichs Vorgehen rechtmäßig sei, ist unhaltbar, und das weiß wohl der Botschafter-lehrer Benesch am allerbesten. Aber der Außenminister Benesch konnte den gegenteiligen Standpunkt nicht anerkennen, ohne damit zugleich die schärfste Beurteilung der französischen Politik auszusprechen. Hoffentlich spielte bei dieser Stellungnahme der Hintergedanke keine Rolle, daß die tschechische Regierung als „gouvernement respecté“ („jeweilige Regierung“) eines Landes das „Recht“ beanspruchen könnte, „Telles autres mesures“ (solche andere Maßnahmen) in Bagnen oder Sackhen zu ergreifen. ...

Die korrekte Haltung der tschechischen Regierung Deutschland gegenüber sei hier ausdrücklich anerkannt. Daß sie eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich seit vier Jahren erstrebt und gefördert habe, kann angesichts der Rolle, die die Herren Benesch und Hodac bei der Aufteilung Oberschlesiens im Sommer 1921 gespielt haben, leider nicht bestätigt werden.

## Eisenbahndirektion Essen in Hamm.

Der Präsident Jahn der Reichsbahndirektion Essen hat die Leitung der Direktionsgeschäfte nach seiner Ausweisung nach Hamm verlor. Betriebs- und Verkehrsfragen behandelt bis auf weiteres die Generalbetriebsleitung West in Eiderfeld. Präsident Jahn gibt bekannt, daß auch nach seiner Ausweisung die Leitung der Geschäfte allein durch ihn erfolge, und daß auch alle Beamte, die innerhalb des befohlenen Gebietes an ihrem Dienstort weiterarbeiten, nur seinen Weisungen zu folgen haben.

## Streikervorgang in Köln.

Die Eisenbahner des Bezirks Köln nehmen heute, Freitag, früh die Arbeit wieder auf, da Eisenbahndirektion und Gewerkschaften mit der Entente-Unterkommission, an deren Spitze ein Engländer steht, eine Vereinbarung getroffen haben, um das Wirtschaftslieben vor Erschütterungen zu bewahren. Kohlenzüge nach Frankreich und Belgien werden nicht gefährdet. Die Zurückziehung der bewaffneten Franzosen wird Zug um Zug nach der Wiederaufnahme des Dienstes erfolgen.

## Chronik der Gewalt.

Die gesamte Koblener Presse ist ohne Angabe von Gründen auf drei Tage verboten worden.

Wegen Befolgung des Grußwortes des Ministers des Innern wurden mehrere Beamten der Essener Polizei festgenommen und ihre Personalien festgestellt.

Der Direktor des Fernsprechanstalt Düsseldorf, Hartmann, sowie der Telegraphendirektor Schwarz in Duisburg wurden verhaftet, desgleichen mehrere Zollbeamte in Bochum und Duisburg. Der „Herner Anzeiger“ ist auf vier Tage verboten worden.

Bei der Besetzung der Fahrzeugwerke Luewig in Bochum, die erfolgte, um zwei Privat-Personenwagen zu beschlagnahmen, wurden einem Elektriker Schulte und den beiden Meistern Roth und Ernst von französischen Soldaten Revolver und Dolch auf die Brust geföhrt. Das Panzerautomobil rächte beide Geschäfte unter Zustimmung der herbeigekommenen französischen Offiziere und Ingenieure auf die nur wenige Meter von der Mündung entfernt stehenden Herren der Werkleitung und die Arbeiter.

Bei den großen Demonstrationen gegen das Essener Hansa-Haus war der Handlungsgehilfe Peter Kleinen aus Essen irrtümlich für einen der Anführer der demonstrierenden Menge gehalten und von französischen Soldaten festgenommen worden. Auf der Wache wurde er von einem französischen Gendarm schwer mißhandelt, wie der Gendarm behauptet, weil Kleinen ihn angegriffen habe. Das Militärpolizeigericht erklärte sich für unzuständig und verwies die Sache vor das ordentliche Kriegsgericht, mit Rücksicht darauf, daß das schwere Verbrechen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt vorliege. Das gleiche Gericht verurteilte drei junge Leute, die in angeblichem Zustande ein Schild, das den Weg zur Kommandantur wies, umgedreht hatten, zu je 10 Tagen Gefängnis und je 150 000 Mark Geldstrafe.

In Rastrop wurde der Postmeister Herbst aus Mangelnde zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt, die jedoch nicht vollstreckt wurden, weil Herbst nach der Verhandlung ins unbesetzte Gebiet abgehoben wurde. Er hatte sich gemeldet, die Verbindung zwischen Mangelnde und Rastrop herzustellen, nachdem französische Soldaten das Postpersonal im Streit mit Raschen und Anlegen des Gewehrs bedrohten.

In Bochum wurde ein Kaufmann Graumann, der sich weigerte, an die Franzosen zu verkaufen, vor ein Kriegsgericht geschleppt und zu 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

In Witten plünderten Franzosen Geschäfte, die ihnen nichts verkaufen wollten. Auf Befehl wurde die Kommandant Patrouillen, die der Plünderung ein Ende machten.

In Boitrop sind 40 belgische Kriminalbeamte eingetroffen.

Die „Frankfurter Zeitung“ ist wegen des Artikels „Eismarschieren“ und „Das Regime des Terrors“ auf einen Monat für das befohlene Gebiet verboten worden.

Der Fortschritt der Rheinlandkommission hat dem Reg. Präsi. Erläuterung der Ausführungsanordnungen zugesandt, die er dem deutschen Fortpersonal mitteilen und deren Ausführung er sichern sollte. Der Regierungspräsident hat dem Direktionskomitee geantwortet: Nachdem der Rheinlandkommission der Standpunkt der deutschen Regierung bezüglich der Rechtsmäßigkeit der Verordnungen 134 und 135 der Rheinlandkommission bekannt ist, bin ich erkrankt, Ihr Schreiben zu erhalten. Ich lehne es nicht nur ab, Ihre Verordnungen an die Fortabteilung der hiesi-

gen Regierung und an die mir unterstellten Beamten weiterzugeben, sondern lehne auch jede Mitwirkung bei der Durchführung der von Ihnen vorgesehene Maßnahmen ab.

## Bisher 28 000 Tonnen!

Die Kontrollstationen Linen-Süden, Schornhorst, Barop, Höde und Bitteringhausen lassen keinen Wagen mit Kohlen in das unbesetzte Deutschland hinaus. Die Folgen werden die sein, daß die Bahnhöfe schon in kurzer Zeit verstopft sein werden.

Die Franzosen und Belgier haben seit dem Einmarsch bis zum 24. Januar rund 7000 Tonnen Kohle abtransportieren können. In der Zwischenzeit wurden noch 20 300 Tonnen Kohle nach Frankreich 28 000 Tonnen seit dem Einmarsch. (Vor dem Einmarsch zirka 60 000 Tonnen täglich!)

## Die Revision der Großindustriellen verworfen.

Mainz, 1. Februar. (WZ.) Das Revisionsgericht der französischen Rheinarmee hat heute nachmittag nach halbständiger Beratung die von den verurteilten rheinisch-westfälischen Zehrentbesitzern und Direktoren eingelegte Revision verworfen. Eine Berufung an eine höhere Instanz ist nicht mehr möglich.

## Ruhrbesetzung und Lohnregelung.

Durch einen Teil der Presse ist die Nachricht gegangen, das Reichsarbeitsministerium habe an Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anregung gerichtet, im Hinblick auf die Ruhrbesetzung und ihre Folgen eine möglichst automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung herbeizuführen. Die Nachricht ist in dieser Form nicht richtig. Die Lohnregelung soll nach wie vor Gegenstand von Verhandlungen bleiben, bei denen zwar wie bisher die Lebenshaltungskosten, daneben aber auch alle übrigen für die Lohnhöhe maßgebenden Verhältnisse berücksichtigt werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat die Beteiligten gebeten, die Tarifverhandlungen im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes in vorhöflichem Geiste zu führen und Lohnkämpfe zu vermeiden.

## Die Vorgänge in Königsberg.

Königsberg, 1. Febr. (WZ.) Heute vormittag sammelten sich vor den von den französischen Kontrolloffizieren besetzten Hotels wieder stärkere Gruppen an, die von der Polizei zerstreut wurden. Der Polizeipräsident erstreckte auf Grund des § 123 Abs. 2 der Reichsverfassung ein Verbot sämtlicher Versammlungen unter freiem Himmel. Der Oberpräsident richtete an die Bevölkerung eine Bekanntmachung, in der an die Besonnenheit und das Verantwortlichkeitsgefühl aller Einsichtigen appelliert und die Bevölkerung mit allem Nachdruck vor Fortsetzung der Demonstrationen gewarnt wird.

Königsberg, 1. Februar. (WZ.) Die Demonstrationen gegen die französischen Kontrolloffiziere haben sich im Laufe des Nachmittags auf dem Traghelm wiederholt. Als die Führer der Unordnung sich im Kraftwagen nach dem Oberpräsidium begaben, um dort gegen die gestrigen Demonstrationen zu protestieren, und um Schutz zu ersuchen, waren die Quartiere der französischen Mitglieder durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert. Weitere Kundgebungen erfolgten abends vor dem französischen Konsulat, von wo die Menge durch Schutzpolizei, die im Kraftwagen herbeieilte, zurückgedrängt wurde.

## Entente-Ultimatum an Litauen.

Paris, 1. Februar. (WZ.) Der diplomatische Redakteur der Havasagentur ist in der Lage mitzuteilen, daß die Bolschewistenkonferenz in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen hat, der litauischen Regierung ein Ultimatum zu senden, in welchem sie aufgefordert wird, die litauischen Unständlichen von Memel innerhalb einer Frist von sieben Tagen zurückzurufen.

## Die Ministerkrise in Sachsen.

Dresden, 1. Februar. (WZ.) Die sozialdemokratische Partei Sachsens hat zum Sonntag nach Dresden eine Landeskonferenz einberufen, die sich mit der durch den Rücktritt der Regierung Eud geklärten Lage beschäftigen wird. Die Mitteilungen demokratischer Blätter, daß Genosse Eud am Dienstag mit Hilfe der demokratischen und deutschvolksparteilichen Stimmen wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wird und daß die Demokraten in die Regierung eintreten werden, beruhen auf Kombinationen. Wobler ist über die Reuhibition der Regierung noch nicht verhandelt worden.

## Das Jugendgerichtsgesetz angenommen.

Die Reichstags-sitzung am Donnerstag dauerte nur kurze Zeit, weil die Beratung der Haushalte des Reichsanstalters und des Reichsjustizministeriums auf den Freitag verschoben wurden. Mit dem Haushalt des Reichsanstalters sollte bekanntlich der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verhandelt werden. Die Reichsregierung legte aber Wert darauf, erst die Verhandlungen des bayerischen Landtags, die für Donnerstag vorgesehen waren, vorübergehen zu lassen, ehe sie selbst im Reichstag Stellung zu dieser Frage nimmt. Die Sozialdemokratie wird darauf dringen, daß die Angelegenheit nunmehr am Freitag im Reichstag zur Sprache kommt. Wobler besteht bei der Reichsregierung und den bürgerlichen Parteien die Meinung, die Debatte bis zum Wiederzusammentreten des Reichstags in der nächsten oder übernächsten Woche hinauszuzögern.

Der Reichstag beendete dann die dritte Beratung des Jugendgerichtsgesetzes. Es gelang, in kaministischer Abstimmung die vom Zentrum und den Rechtsparteien beabsichtigte Verschlechterung des Gesetzes, die zugunsten der kirchlichen und evangelischen kirchlichen Organisationen geplant war, zu nichte zu machen. Das Gesetz wurde nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Entsprechend § 40 des Reichswahlgesetzes hat das Reich einen Aufschub für die Beschaffung von Stimmzetteln für die Reichstagswahl zu gewähren. Dieser Betrag wurde für die Reichstagswahlen in Oberschlesien durch Reichstagsbeschluss auf 2 M. für den Stimmzettel festgelegt. Angenommen wurde ohne Debatte u. a. das deutsch-polnisch-obereschlesische Bergwerkabkommen und ein Beschlusentwurf über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr.

## Sozialdemokratie und Ruhrhilfe.

Die Sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags haben beschlossen, pro Mitglied 10 000 M. für besondere Aufwendungen an der Ruhr dem sozialdemokratischen Parteivorstand zu überweisen.

Benutzung von Gemeindeschulen zu fremden Zwecken. Der Ausschuß der Reichstagsfraktion für Schul- und Bildungsfragen bittet, ihm unter der Adresse des Fraktionssekretariats — Reichstag — genaue Mitteilung darüber zu machen, wieviel Schulen ihrem Zweck entzogen sind, seit wann das geschehen ist und wogu die Schulen demüht werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## An die Arbeitnehmerschaft Berlins!

Um jedem Irrtum und allen falschen Gerüchten die Spitze abzubringen, erklären die Unterzeichneten nochmals mit aller Deutlichkeit, daß die von der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Ortsartikel des A.M.-Bundes eingeleitete Sammlung für die

### Ruhehilfe

mit der gemeinsamen Sammlung mit den Arbeitgebern nichts zu tun hat.

Unsere Sammlung ist eine selbständige; die eingegangenen Beiträge fließen nicht in die gemeinsame Kasse.

Alle Beiträge werden nur einer Stelle zugeführt, bei der die Arbeitnehmerschaft das alleinige Bestimmungsrecht hat.

Ebenso erklären wir bestimmt und unzweideutig, daß die uns anvertrauten Mittel an keine Stelle abgeliefert werden, von der sie aus Unwissen in die gemeinsame Kasse geleitet werden könnten. Wir erwarten nun aber auch von der Berliner Arbeitnehmerschaft, daß sie unerschrocken und intensiv mit der Sammlung beginnt und sie restlos durchführt.

Keine Arbeiterin, kein Arbeiter und Angestellter darf sich davon ausschließen. Grundlag muß sein, daß

### ein Stundenlohn

abgeführt wird.

### Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

A.M.-Bund, Ortsartikel Groß-Berlin.

### Lohnpolitik und Ruhebefehlung.

Dem Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben:

Durch einen Teil der Presse ist die Nachricht gegangen, das Reichsarbeitsministerium habe an Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anweisung erteilt, im Hinblick auf die Ruhebefehlung und ihre Folgen eine möglichst automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung herbeizuführen. Die Nachricht ist in dieser Form nicht richtig. Die Lohnregelung soll nach wie vor Gegenstand von Verhandlungen bleiben, bei denen zwar bisher die Lebenshaltungskosten, daneben aber auch alle übrigen für die Lohnhöhe maßgebenden Verhältnisse berücksichtigt werden können. Das Reichsarbeitsministerium hat die Beteiligten gebeten, die Tarifverhandlungen im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes beiderseits in verständlichem Geiste zu führen und Lohnkämpfe zu vermeiden. Diesem Wunsch ist nach den vorliegenden Nachrichten bisher auch entsprochen worden.

Soweit die Zuschrift des Reichsarbeitsministeriums. Sie erscheint uns reichlich optimistisch. Wir haben von dem „verständlichen Geiste“ der Unternehmer bei Lohnverhandlungen so gut wie nichts bemerkt. Oder entspricht es diesem verständlichen Geiste, wenn die Unternehmer die Tarifgemeinschaft in der Hutindustrie zu Fall bringen, lediglich wegen der an sich geringfügigen Frage der Festsetzung der Bezahlung der Ferienwoche? Schließlich wie in der Hutindustrie liegen die Dinge auch in fast allen anderen Industrien.

Soweit wir die Sachlage bei Lohnverhandlungen gegenwärtig übersehen können, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß als Folge des angeblich verständlichen Geistes der Unternehmer große Lohnkämpfe bevorstehen. Und man kann wahrlich nicht von der „Begehrtheit der Arbeiter“ reden. In Wirklichkeit müssen die Arbeiter einen Verzweiflungskampf um die Möglichkeit führen, sich das unbedingt notwendige Existenzminimum zu sichern. Den Kampf gegen den Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet können wir nur erfolgreich führen, wenn unsere Arbeitnehmerschaft kampffähig erhalten wird. Einem großen Teil der Unternehmer ist jedoch die Ruhebefehlung nur eine günstige Gelegenheit, um den Reparations- und Nachkriegsgewinnen noch Befehlungsgewinne einzubastern. Diese Ausbuhnerungs-politik ist ein Dolchstoß in den Rücken des deutschen Volkes.

### Fälschung von Briefen der Gewerkschaftskommission!

Von der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Schüler der Gewerkschaftsschule werden von irgendeiner Seite gefälschte Mitteilungen über den Abbruch der Kurse der Gewerkschaftsschule verbreitet. Auf den Briefen ist in der Unterschrift der Namenszug des Leiters der Schule, des Genossen Friede, gefälscht worden. Der Inhalt des Schreibens nimmt Bezug auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und enthält einen ebenfalls gefälschten Beschluß der „engeren Gewerkschaftskommission und des A.M.-Bundes“ — einer Körperschaft also, die gar nicht existiert — wonach wegen der zugehörten außen- und innenpolitischen Verhältnisse die Gewerkschaftsschule abgebrochen werden soll, damit sich die Schüler ihren Gewerkschaften zur Verfügung stellen können. Der Wortlaut der ganzen Fälschung läßt darauf schließen, daß diese von Kreisen ausgeht, die dadurch die augenblicklichen politischen Verwirrungen glauben führen zu können.

Wir machen darauf aufmerksam, daß der Unterricht in der Gewerkschaftsschule, wie vorgesehen, beginnt. Wir ersuchen alle Schüler, sich zu dem in der ihnen zugegangenen Einladung angegebenen Termin zum Kursus einzufinden. Weiter machen wir darauf

aufmerksam, daß alle Schriftstücke, die das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission verlassen, auf vorgedrucktem, mit dem Briefkopf der Gewerkschaftskommission versehenen Bogen geschrieben werden. Alle von der Gewerkschaftskommission herausgegebenen Mitteilungen tragen die Unterschrift des Vorsitzenden derselben, des Genossen Sabath, oder eines mit seiner Vertretung beauftragten Sekretärs. Wir bitten, alle diese Kennzeichen nicht enthaltenden Mitteilungen oder Briefe umgehend an das Bureau der Gewerkschaftskommission einzufenden.

### Der Streik im Berliner Holzgewerbe.

Die Berliner Holzarbeiter stehen seit dem 31. Januar in einem erbitterten Kampf gegen ein machtlasterndes Arbeitgebertum. Innerhalb der letzten 1 1/2 Jahre, in denen das Holzgewerbe in Frieden lebte, scheint das Arbeitgebertum genügend Kapitalien gesammelt zu haben, um ohne Fortsetzung der Produktion ein angenehmes Dasein fristen zu können. Die erzeugten Produkte sind fast ausschließlich ins Ausland verfrachtet worden, wo infolge der sprunghaftem Entwertung der deutschen Mark sehr große Einnahmen erzielt wurden. Den wahren Preissteigerungen des Holzes ist man nicht entgegengetreten, sondern hat vielmehr diese Preissteigerung Vorwand geleistet, um auf der anderen Seite die an sich außerordentlich hohen Löhne weiter zu reduzieren bzw. den aufgestellten Lohnforderungen den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen.

Der in den letzten 14 Tagen eingetretene katastrophale Sturz der deutschen Mark hat es, wie in allen übrigen Industriezweigen, auch im Berliner Holzgewerbe notwendig gemacht, Ausgleiche zu schaffen und so stellte der Deutsche Holzarbeiterverband Forderungen auf Grund der eingetretenen Preissteigerungen, die um mindestens 100 bis 200 Proz. auf den verschiedensten Gebieten zu verzeichnen sind, in der Höhe von 125 Proz. Die Arbeitgeberorganisation lehnte jede Bepfändung ab unter dem Hinweis, Tarif ist Tarif. Doch dies in den Kreisen der Berliner Holzarbeiter Erbitterung hervorgerufen hat, ist zu verstehen. Trotzdem verhielten sich die Holzarbeiter ruhig und warteten den Ablauf ab, um zu sehen, wie weit das Arbeitgebertum geneigt ist, der Teuerung Rechnung zu tragen.

Bei den offiziellen Verhandlungen boten die Arbeitgeber 50 Proz. für die 1. Woche und weitere 15 Proz. für die zwei nachfolgenden Wochen. Mit diesem Angebot sollte die Teuerung, die sich nach reichamtlichen Ziffern um 94 Proz. gesteigert hat, ausgeglichen sein und die Berliner Holzarbeiter sich damit abfinden.

Jeden geringen Ausgleich für die vorausgegangene Lohnwoche lehnten die Holzarbeiter rundweg ab. Mit diesem Ergebnis beschäftigten sich die Berliner Holzarbeiter in zwei Funktionärerversammlungen und beschloßen in der ersten Versammlung, ihren Friedenswillen nochmals zum Ausdruck zu bringen und weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen, die dann von den Scharfmachern abgelehnt wurden, womit sie den Kampf provoziert haben.

Als die außerordentliche Generalversammlung von diesem Ergebnis Kenntnis nahm, gab es nur eine Meinung. Ein stimmig beschloßen die Delegierten und Funktionäre, den hingeworfenen Friedehandschuh anzunehmen, um die provozierende Haltung jener Leute abzuwehren. Die Berliner Holzarbeiter sind sich des Ernstes des Kampfes bewußt, sie sind bereit, große Opfer zu tragen und werden die scharfmacherischen Bestrebungen ablehnen. Der Kampf wird nicht geführt um des Kampfes willen, sondern er wird geführt, um das nackte Leben ihrer Familienangehörigen zu sichern.

Welche Dimensionen der Kampf annehmen wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Bisher sind dem Verbande aus 288 Betrieben mit rund 6000 Streikenden Meldungen erhalten und weitere Arbeitseinstellungen erfolgen noch häufig, so daß eine genaue Uebersicht erst in der nächsten Woche vorliegen wird.

### Der Reichsmantelstarif in der Hutindustrie gefallen.

Die Notlage der Hutarbeiter ist groß. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit berechnen sie. Etwa 3000 Mitglieder des Deutschen Hutarbeiterverbandes, rund 10 vom Hundert aller Beschäftigten, sind arbeitslos. 11256 Mitglieder aber sind zur Kurzarbeit verurteilt oder 40 von hundert Beschäftigten. Die Hälfte der Hutarbeiter ist also mehr oder minder von der Krise betroffen und damit auch für die übrige Hälfte, die Vollarbeiter, die Existenz erschüttert. Die Unternehmer lassen solche Situationen nicht ungenutzt.

Nahzu vier Jahre bestand für die Woll- und Haarkutbranche eine Tarifgemeinschaft im Rahmen eines Reichsmantelstarifs. Der Tarifvertrag sicherte den Arbeitnehmern sieben Tage Ferien zu. Die Arbeitgeber kündigten den Tarifvertrag bereits im Sommer vorigen Jahres in der Absicht, die allgemeinen Bedingungen wesentlich zu verschlechtern. Die Organisation konnte diese Verschlechterungen abwehren und erreichte die Verlängerung des Tarifvertrages bis Ende 1922. Vor seinem Ablauf wurde erneut verhandelt. Bevor die Arbeiterschaft über das Resultat der Verhandlungen entscheiden konnte, riefen die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium an. Dessen Spruch konnte beide Parteien nicht befriedigen und wurde daher abgelehnt. Noch dreimal verhandelte die Organisation zu einer Verständigung zu kommen und die Tarifgemeinschaft aufrecht zu erhalten. Die Arbeitgeber wollten zwar die Ferien bestehen lassen,

die Entschädigung dafür jedoch vier Wochen vor Ferienbeginn durch besondere Verhandlungen festgelegt wissen, mit anderen Worten, die Lohnzahlung für die Ferienwoche derart fügen, daß diese Ferienwoche zu einer Hungerwoche werden müßte. Sie ließen an diesem Punkte die ganze Tarifgemeinschaft scheitern.

Wie notwendig der Reichstarifvertrag war, geht, abgesehen von der Verbeibaltung der zentralen Lohnregelung, daraus hervor, daß hierzu die §§ 6 und 13 des neuen Entwurfs eines Mantelstarifs beibehalten werden mußten.

Die bis 2. Februar geltenden Stundenlöhne in Berlin betragen für männliche über 21 Jahre alte Facharbeiter 488 M., für weibliche 334,80 M., für Hilfsarbeiter über 21 Jahre 424,80 bzw. 310,80 M. Neue Lohnverhandlungen sind im Gange.

### Drohender Streik der Handelshilfsarbeiter im Großhandel

Die zwischen dem Deutschen Verkehrsband und dem Groß-Berliner Arbeitgeber-Verband des Großhandels geführten Verhandlungen verliefen ergebnislos. Das Anstehen der Arbeitgeber, von einer Nachzahlung für den Monat Januar Abstand zu nehmen und nur für den ganzen Monat Februar zu verhandeln, mußte von der Verhandlungskommission einmütig abgelehnt werden. Bei dem hornträglichen Standpunkt und dem unverständlichen ablehnenden Verhalten der Arbeitgeber ist ein Streik unvermeidlich, wenn nicht heute abend vor dem Schlichtungsausschuß ein annehmbares Ergebnis erzielt wird. Die Arbeitgeber, die einmal erklären, einzusehen, daß bei dem letzten Abschlüß die katastrophale Entwicklung von beiden Seiten nicht vorauszuweisen war, lehnen es ab, für Januar den notwendigen Ausgleich zu treffen. Sie verharren vielmehr auf ihrem Standpunkt, daß die Arbeitnehmerschaft sich wieder für den ganzen Monat bindet und lehnen jede davon abweichende Verhandlung in unverantwortlicher Weise ab. Die Arbeiter erhalten zurzeit noch einen Lohn von 15 000 M! Kein Wunder, daß sie in ihrer Empörung zu dem äußersten Mittel bereit sind, um die Arbeitgeber zu zeitensprechenden Zugeständnissen zu zwingen. In der am Sonntag vormittag im Schweizergarten stattfindenden allgemeinen Versammlung wird die Entscheidung fallen.

Handelsarbeiter der Engroskonfektion! Ab 27. Januar sind neue Löhne mit den Arbeitgeberverbänden vereinbart worden. Tarifabzüge sind gegen Ausweis der Mitgliedschaft im Bureau des Deutschen Verkehrsbandes, Engelauer 24/25, 2 Tr., Zimmer 31, erhältlich.

Arbeitslosenversicherung in Norwegen. Der Minister für soziale Angelegenheiten teilte kürzlich mit, daß der vor zwei Jahren von der Regierung eingeführte Versuch zur Prüfung der Frage der Arbeitslosenversicherung demnächst seine Arbeiten beenden werde. Der Bericht spricht sich für obligatorische Versicherung nach dem Muster Großbritanniens aus, an Stelle der jetzigen fakultativen Versicherung, welche von den Gewerkschaften durchgeführt wird und vom Staate nur subventioniert ist.

ESPD-Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre des A.M.-Organisations (Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeister-Verband, Allgemeiner Verband der Sanftmänner, Bühnengewerkschaft, Deutscher Vollerwerb, Internationale Arbeiter-Liga, Verband der Buchbinder, Verband der Zeichnerinnen). Wichtige Bepfändung am Montag abend 8 Uhr in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18 (Sängerlohn). Mitgliedsbuch der ESVD, und der ESZ-Organisations beizubringen zum Eintritt. Der Beizugszuschuß für Angestellte (Wels) in der ESVD.

Allgemeiner Verband der Deutschen Sanftmänner. Eine große öffentliche Sanftmännerversammlung veranstaltet der Allgemeine Verband der Deutschen Sanftmänner am Montag abend 7 Uhr in der Bremer Allee 10-11. Tagesordnung: „Rationalisierungsfrage und Sanftmänner-Entlohnung“. Referenten: Ements und Marx.

### Jugendveranstaltungen.

#### Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abt. 1, Kaffee! Die Abteilungen müssen sofort ihr Material für den Monat Februar abholen.  
Abt. 2, Kaffee! Die Abteilungsleiter müssen sofort ihre Abteilungen für den Monat Februar abholen.

#### Mitgliederversammlungen am Freitag, den 2. Februar:

Abt. 1, Kaffee! Jugendheim Bismarckstr. 12. — Abt. 2, Jugendheim Chaussee 48. — Charlottenburg, Jugendheim Rosenstr. 4. — Palast, Jugendheim Gemeindehaus Joachim-Friedrich-Str. 35. — Bundeslager West, Jugendheim Gemeindehaus Linde-Str. 35. — Arbeiterjugend und Jugendliche, Jugendheim 1. — Arbeiterjugend, Jugendheim 2. — Arbeiterjugend, Jugendheim 3. — Arbeiterjugend, Jugendheim 4. — Arbeiterjugend, Jugendheim 5. — Arbeiterjugend, Jugendheim 6. — Arbeiterjugend, Jugendheim 7. — Arbeiterjugend, Jugendheim 8. — Arbeiterjugend, Jugendheim 9. — Arbeiterjugend, Jugendheim 10. — Arbeiterjugend, Jugendheim 11. — Arbeiterjugend, Jugendheim 12. — Arbeiterjugend, Jugendheim 13. — Arbeiterjugend, Jugendheim 14. — Arbeiterjugend, Jugendheim 15. — Arbeiterjugend, Jugendheim 16. — Arbeiterjugend, Jugendheim 17. — Arbeiterjugend, Jugendheim 18. — Arbeiterjugend, Jugendheim 19. — Arbeiterjugend, Jugendheim 20. — Arbeiterjugend, Jugendheim 21. — Arbeiterjugend, Jugendheim 22. — Arbeiterjugend, Jugendheim 23. — Arbeiterjugend, Jugendheim 24. — Arbeiterjugend, Jugendheim 25. — Arbeiterjugend, Jugendheim 26. — Arbeiterjugend, Jugendheim 27. — Arbeiterjugend, Jugendheim 28. — Arbeiterjugend, Jugendheim 29. — Arbeiterjugend, Jugendheim 30. — Arbeiterjugend, Jugendheim 31. — Arbeiterjugend, Jugendheim 32. — Arbeiterjugend, Jugendheim 33. — Arbeiterjugend, Jugendheim 34. — Arbeiterjugend, Jugendheim 35. — Arbeiterjugend, Jugendheim 36. — Arbeiterjugend, Jugendheim 37. — Arbeiterjugend, Jugendheim 38. — Arbeiterjugend, Jugendheim 39. — Arbeiterjugend, Jugendheim 40. — Arbeiterjugend, Jugendheim 41. — Arbeiterjugend, Jugendheim 42. — Arbeiterjugend, Jugendheim 43. — Arbeiterjugend, Jugendheim 44. — Arbeiterjugend, Jugendheim 45. — Arbeiterjugend, Jugendheim 46. — Arbeiterjugend, Jugendheim 47. — Arbeiterjugend, Jugendheim 48. — Arbeiterjugend, Jugendheim 49. — Arbeiterjugend, Jugendheim 50. — Arbeiterjugend, Jugendheim 51. — Arbeiterjugend, Jugendheim 52. — Arbeiterjugend, Jugendheim 53. — Arbeiterjugend, Jugendheim 54. — Arbeiterjugend, Jugendheim 55. — Arbeiterjugend, Jugendheim 56. — Arbeiterjugend, Jugendheim 57. — Arbeiterjugend, Jugendheim 58. — Arbeiterjugend, Jugendheim 59. — Arbeiterjugend, Jugendheim 60. — Arbeiterjugend, Jugendheim 61. — Arbeiterjugend, Jugendheim 62. — Arbeiterjugend, Jugendheim 63. — Arbeiterjugend, Jugendheim 64. — Arbeiterjugend, Jugendheim 65. — Arbeiterjugend, Jugendheim 66. — Arbeiterjugend, Jugendheim 67. — Arbeiterjugend, Jugendheim 68. — Arbeiterjugend, Jugendheim 69. — Arbeiterjugend, Jugendheim 70. — Arbeiterjugend, Jugendheim 71. — Arbeiterjugend, Jugendheim 72. — Arbeiterjugend, Jugendheim 73. — Arbeiterjugend, Jugendheim 74. — Arbeiterjugend, Jugendheim 75. — Arbeiterjugend, Jugendheim 76. — Arbeiterjugend, Jugendheim 77. — Arbeiterjugend, Jugendheim 78. — Arbeiterjugend, Jugendheim 79. — Arbeiterjugend, Jugendheim 80. — Arbeiterjugend, Jugendheim 81. — Arbeiterjugend, Jugendheim 82. — Arbeiterjugend, Jugendheim 83. — Arbeiterjugend, Jugendheim 84. — Arbeiterjugend, Jugendheim 85. — Arbeiterjugend, Jugendheim 86. — Arbeiterjugend, Jugendheim 87. — Arbeiterjugend, Jugendheim 88. — Arbeiterjugend, Jugendheim 89. — Arbeiterjugend, Jugendheim 90. — Arbeiterjugend, Jugendheim 91. — Arbeiterjugend, Jugendheim 92. — Arbeiterjugend, Jugendheim 93. — Arbeiterjugend, Jugendheim 94. — Arbeiterjugend, Jugendheim 95. — Arbeiterjugend, Jugendheim 96. — Arbeiterjugend, Jugendheim 97. — Arbeiterjugend, Jugendheim 98. — Arbeiterjugend, Jugendheim 99. — Arbeiterjugend, Jugendheim 100.

Verantwortlich für den red. Teil: Fritz Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Formis-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu eine Beilage und „Jugend-Formis“.

**Theater, Lichtspiele usw.**

<b>Opernhaus</b> 7 1/2 Uhr: Madame Butterfly	<b>Volksbühne</b> 7 1/2 Uhr: Mein Leopold
<b>Schauspielhaus</b> 7 Uhr: Küchen von Heilbronn	<b>Lessing-Th.</b> Heute bis Sonntag: 7 Uhr: FAUST
<b>Theater l. d. Königsgrätz Str.</b> 8 Uhr: Die wunderlichen Geschichten 4. Kapellm. Kreisler	<b>Deut. Künstler-Th.</b> Abendstück 7 1/2 Uhr: Magdalena / I. Klasse
<b>Komödienhaus Kameraden</b> Oraska, Abel	<b>Deutsch. Theat.</b> 7 Uhr zum 1. Male: Improvisationen im Juni
<b>Berliner Th.</b> 7.30: Madame Pompadour	<b>Kammerspiele</b> 8 Uhr: Das Glas Wasser 8.30: Der Kreis
<b>Residenz-Th.</b> 7.30: Es lebe das Leben	<b>Gr. Schauspielh.</b> 7.30: Die richtige Jungfrau
<b>Walhalla-Th.</b> 7.30: Heirate Deine Frau	<b>Central-Theater</b> 7 1/2 Uhr: Othello

**Deutsch Opernhaus**  
7 1/2 Uhr: Rigoletto  
Große Volksoper im Theater d. Westens  
7 1/2 Uhr: Einführung am 4. Serial  
Intimes Theater  
8 Uhr: Frau Adams, m. m. k. k. Die G'schmizte Lustspielhaus  
8.30: Der Mustergatte  
Metropol-Theater  
7.30: New York-Berlin  
8.30: Die Bajadere  
Neues Operetten-Th.  
Heute 7 Uhr:  
(Einführung):  
Der neue Gilbert  
Kajja, die Tänzerin  
mit Margit Sachy,  
L. Ruth, Beckersche,  
Paulsen, Tiedtke,  
Gross, Mamlok  
Neues Th. am Zoo  
7 1/2: Das glückliche  
Berne u. der Zufall  
Neues Volks-Theater  
7.30: Michael Kramer  
Renaissance-Theat.  
7 1/2 Uhr: Die Juden  
Schiller-Th. Charl.  
7.30: Großstadtluft  
Thalia-Theater  
7.30: U. Ein Jahr  
ohne Liebe  
Th. s. Holländertpl.  
7.30: Kögeln  
der Straße  
7.30: U. Die Straß  
Theater d. Kreuzstr.  
7.30: Kette  
Wallner-Theater  
8 Uhr: Der kühne  
Schwimmer

**Gewerkschaftshaus**  
SO 16, Engelauer 25  
Die gute und billige Küche

**Romische Oper**  
(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2)  
Internat. Revue in 25 Bildern  
Europa spricht davon  
200 Mitwirkende! 6 Balletts!  
St. Jacques von Alhambra-Theater  
in London mit seinen engl. Girls  
sowie die bekanntesten Film-  
stars von Bühne und Film  
Vorverkauf ununterbrochen

**Trianon - Th.**  
Täglich 8 Uhr:  
Erika Glänzen in  
Lissi, die Kobbette  
erz. unter 15 Jahren  
haben keinen Zutritt  
sonnt. nachm. 4 U.  
Hedda Gabler

**Kleines Th.**  
Tägl. 8 Uhr:  
Die Unmoralischen  
Comis Toth, Riga Limbar  
Falkenbach, Kauer-Th.  
Sonnt. nachm. 4 U.  
Parrhauskomödie

**Theater des Ostens**  
(Rosa-Theater)  
7.30: Fiorianshochzeit

Jeden Freitag, Sonnabend und Sonntags  
Großes  
**Künstlerkonzert u. Berl. Vokal-Quart. Amfnof**  
Quartett- und Einzelgesang — Humoristische Vorträge  
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr abends

**SCALA**  
8 Uhr. Internat.  
Varieté  
Sonnt. 3 1/2 Uhr.  
Preis d. voll. Halb.

**Casino-Theater**  
Müllers Prinzessen  
2. Febr. z. 1. Male:  
Z. blauen Kakadu

**Circus Busch**  
17. u. 18. 31.  
Neuer Monat!  
Neue  
Sensationen  
Kameraschau  
Fremdenlegionär

**Der Blaue Vogel**  
Gai zstraße 4  
No lendori 1613  
U. Abends 8  
Das 3. Programm

**WIMMEL**  
Varieté-  
Spielplan  
Rauchen gestattet!

**Admirals-Palast**  
Sonntag 24. Febr., mittags 12 Uhr  
Großes Solistenkonzert  
Elise von Catopol, Mitglied  
d. Staatsoper (Sop an), Lucie  
Stern, neunjährige Klavier-  
virtuosin, Gustel Hammer,  
Konzertsängerin (Alt), Pro-  
fessor Robert Zeller, Kon-  
zertmeister der Staatskapelle  
A. P. Kapellm. Mikropoulos (Haupt)

**Admirals-Varieté**  
7. Febr.-Programm  
unübert. efflich

**Urania**  
Theater 8 Uhr  
In nordich Ländern  
(Film, Mus. v. Grieg)  
Kl. Saal 8 Uhr: Nat.  
Schöpfungsgesch.

**Elite-Sänger**  
U. a.  
Langtuba  
Schwielger-  
söhne!

**Reichshallen-Th.**  
Sonntags 7.30 Uhr, Sonntag  
nachm. 3 Uhr  
hohe Preise  
STETTNER  
3839.  
Abend-  
drett!  
11. 7. 1/2

**Tiefand**  
Nach der Oper  
von  
d'Albert.  
Beginn 7 und 9.  
Sonntags 7 1/2 Uhr

**Zirkus**  
Friedr.-Str. 60  
Ecke Lützow-Str.  
Variété-Kabarett  
In Höltere Spiele  
u. Margaretenaal  
Abends 7 1/2  
Neues Febr.-Prog.  
Fridolin  
der schönste Mann  
von Groß-Berlin!

**Marken-  
Zigaretten**  
In jeder Zigarettenfabrik  
abgeholt.  
Preis 50 Pf.  
SW. Lindenstr. 109  
Dönhof 727

**Ausbau der  
Kinderfürsorge**  
durch die Gemeinde  
von  
Dr. Selma Schöler-  
Auwack  
Eine notwendige  
Maßnahme für die  
Großen und Aus-  
gewandenen. Lehrer  
und Erzieher, wie  
überhaupt für alle,  
die sich in der  
Wohlfahrtspflege  
betätigen.  
Preis-Grundzahl  
Mk. 0,15  
Buchhandlung Varvrl  
Berlin SW. Lindenstr.

# Das Finanzamt als Aergerquelle.

Das Finanzamt ist eine der meistgehaßten Institutionen der jungen Republik. Es existiert, seit im Jahre 1920 die Erhebung der wichtigsten Steuerarten, hauptsächlich also der Einkommensteuer, von den Gemeinden auf die Organe des Reiches überging. Die Gemeindeverwaltungen erhielten nun nur noch einen bestimmten Anteil der von den Steuerzahlern ihres Ortes bei den zuständigen Reichsstellen gezahlten Steuerbeträge. Es liegt auf der Hand, daß das bei der Reichsfinanzbehörde vorhandene Beamtenmaterial keineswegs zur Bewältigung der neuen umfangreichen Arbeiten ausreichen konnte. So wurde eine Fülle von Hilfsarbeitern eingestellt. Aber die große Mehrzahl der Angestellten ist in den Betrieben des Reiches nicht recht heimisch geworden. Einmal fehlte es häufig in den Räumen alter ausbesserungsbedürftiger Kasernen an menschenwürdigen Arbeitsbedingungen, zum anderen konnten sich die in vielen Fällen aus der Industrie oder aus freien Berufen kommenden Angestellten nicht mit dem noch immer nicht gestorbenen heiligen Bureaustatus anfreunden, und zum dritten kam das Reich auch im Punkte der Gehaltsregelung seinen Pflichten als vorbildlichster Arbeitgeber nicht immer in genügendem Maße nach. Ein großer Teil der Angestellten wurde ursprünglich nur auf Zeitverträge, die in der Regel zwei Monate liefen und des öfteren erneuert wurden, engagiert. So wird es begreiflich, daß eben nur alles das hier zusammenströmte, was in der Not eine auch nur vorübergehende Beschäftigung suchte — häufig auch Flüchtlinge aus den Ostprovinzen des Reiches. Nicht immer die besten Kräfte strömten so in den Verwaltungskörper des Reiches. Dennoch darf nicht unerwähnt bleiben, daß neben den oft des deutschen Stils kaum Mächtigen graduierte Akademiker, Studenten, in Rot geratene geistige Arbeiter aller Art, gescheiterte Künstler, halbfertiggewordene Journalisten, die naturgemäß ihr Interesse zu ganz anderen Dingen zieht, sitzen.

## Bitte zahlen...

Die Reparationskommission verlangt unerbittlich die beschleunigte Eintreibung aller Steuern. Arbeiten unsere Finanzämter schnell oder langsam? Wenn es Geld einzuziehen heißt, anscheinend schnell, wenn es Geld auszugeben gilt, scheinbar langsam. Aber auch Beträge, die seit Jahren fällig sind, werden erst jetzt eingezogen. Daß das Reich dabei schlecht wegkommt, liegt auf der Hand. Fällige Steuern werden heute nicht mehr durch Beauftragte der Hebestelle abgeholt, man muß sie selbst bringen, ja, vielfach sogar selbst berechnen, wie das z. B. bei den Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer für 1922 der Fall ist. Ein vorzügliches Mittel staatsbürgerlicher Erziehung. Nur daß es nicht immer anschlägt: viele Steuerzahler, besonders die Gewerbetreibenden, machen sich die fortschreitende Geldentwertung zunutze. Ein Betrag, der am 1. April d. J. fällig war und jetzt im Wege des Zwangsvollstreckens eingezogen wird, besißt mit dem den aufgelaufenen Zinsen und Gebühren schon längst nicht mehr den Wert von einst. Der Gerichtsvollzieher hat seine Schreden verloren. . . . Der gewöhnliche Durchschnittsmensch freilich kommt nicht in die Berlegenheit, seine Steuern falsch zu berechnen. Ehe er noch seinen Arbeitslohn empfängt, hat ihn der Staat gekürzt. Für andere aber soll die Steuerhinterziehung ein einträgliches Geschäft sein.

## Wierware.

Der Wust von Steuergefahren ist ins Unendliche gewachsen. Darum ist es leicht anzunehmen, das Finanzamt müsse unbedingt und sofort wissen, was dieser oder jener an Steuern zu zahlen hat. Mit dem Sahe: „Ich möchte meine Steuern bezahlen!“ bleibt der gewöhnliche Sterbliche hilflos auf dem Korridor stehen. Wer die Wahl hat die Qual. Ironisch lächeln von Tischen von Tischen die Plakate herab. „Einkommensteuer: Stadtbezirk... Stadtbezirk... Stadtbezirk...“, „Abteilung für Verkehrssteuern“, „Grundverwertungssteuer“, „Erbschaftssteuerabteilung“. Siegesgewiß paßt du die erste beste Münze. „Reichsnotopfer“. „Hörsch. Du irrst also weiter und kommst ins Unmögliche: „Lugussteuer“, „Kraftfahrzeugssteuer“, „Kapitalverkehrssteuer“. Vielleicht hat ein gnädiges Schicksal Mitleid mit dir und läßt dich nach geraumer Zeit die richtige Tür finden. Vielleicht auch nicht. . . . „Krad“ gibt es auf unseren Finanzämtern alle Tage. Denn eine Fülle von Steuerpflichtigen wünscht die Behörde darüber aufzuklären, daß sie sich geirrt habe. Irren ist menschlich. Und es werden auf unseren Finanzämtern wohl nicht mehr

Fehler gemacht als anderswo auch. Nur werden sie peinlicher empfunden, weil sie den Geldbeutel des einzelnen betreffen. Du hast überzahlte Einkommensteuer aus Vorjahren zurückgehalten. Dabei sollst du schon wieder zahlen. Im übrigen brauchst du überhaupt nicht zu zahlen, denn dein Arbeitgeber legt Marken für dich oder überweist deinen Steuerbetrag der Finanzkasse im Postcheckweg. Du schreibst also — und schreibst noch einmal. Schließlich geht du selbst hin. — Hier mahnt ein besonders tüchtiger Beamter 1 W. rückständiger Steuern an, obwohl solche geringen Beträge längst nicht mehr eingezogen werden sollen; dort wird jemandem wegen eines längst gezahlten Betrages die Wohnung verpfändet. In einem anderen Falle ist eine bedeutend zu hohe Veranlagung erfolgt. Dann wiederum hat dich ein vom Glück weniger begünstigter Nachbar denunziert, weil du weniger Steuern bezahlst als er. — So sind der Scherereien viele. Ein Wort gibt das andere. Unerfreuliche Ergebnisse sind oft die Folge solcher Irrtümer.

Mit der Finanzbehörde ist nicht gut Rixchen essen. Wer also Zeit, Geld und sich selbst viel Aerger ersparen will, der sehe zu, daß zwischen ihm und seinem Finanzamt der Friedenszustand aufrecht erhalten bleibe. Ist ein Konflikt aber unvermeidlich, und ist das Objekt des Streites wert, dann muß er in Ruhe und Sachlichkeit ausgetragen werden. Manchmal tut es überdies ganz gut, wenn gewisse Herrschaften im Reichsdienste einmal recht eindeutig klar gemacht wird, daß die Behörde für die Staatsbürger, nicht aber die Staatsbürger für die Behörde geschaffen sind.

## Wohltäter!

Weil diese Geschichte so unwahrscheinlich schön ist, soll sie hier in ihrer ganzen schmuggigen Reinheit wiedergegeben werden. Da der Frauenverein in darin eine hervorragende Rolle spielt, muß für diejenigen unserer Leser, die leider so unwissend sind, daß sie von der großartigen Organisation noch nichts gehört haben, Aufklärung über den Frauenverein vorausgeschickt werden. Der deutsche Frauenverein ist über ganz Deutschland verbreitet. Seine Mitglieder waren und sind „Damen der Gesellschaft“, und im Vorstand der einzelnen Zweigvereine saßen und sitzen adlige Damen oder doch zum mindesten Damen, deren Männer zu den „Spitzen“ gehören, so das, was man früher Stützen von Thron und Altar nannte, lebenslang also Damen, die mit der Rot des Volkes gut Bescheid wissen! Ehrenvorsitzende des deutschen Frauenvereins war die verstorbene deutsche Kaiserin. Für wie wichtig übrigens die Frauenvereine noch heute in „allerhöchsten Kreisen“ angesehen werden, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß die zweite Frau des Verblenden in Doorn, Hermine, dem schlesischen Frauenverein eine größere Summe Geld überwiesen hat, die den wirklich zeitgemäßen Titel: „Kaiserin-Hermine-Stiftung“ bekommen hat. Die Frauenvereine sind nämlich sehr wohltätig, und wenn früher eine Frau sehr fromm war und ihr Mann immer feste „heil dir im Siegertranz“ sang und bei allen patriotischen Feiern gebüßig „Hurra! Hurra! Hurra! brüllte, dann wurde sie natürlich unterführt. Daß wirklich notleidende Arbeiterfrauen, deren Männer verdammte Sozialisten waren, nichts erhielten, ist selbstverständlich. Wie wohltätig die Frauenvereine noch heute sind, davon diese Geschichte:

In Schmargendorf wohnt eine Witwe, deren Mann, ein schwächlicher Mensch, Krankenpfleger war. Trotz seiner geschwächten Persönlichkeit wurde er natürlich l. o., war an der Front und ist im verflochtenen Jahr an den Folgen der Strapazen des Krieges, nachdem er solange elend dahinsiechte, gestorben. Er hinterließ eine Frau, die mit ihren Kindern vollständig unterernährt und tuberkuloseverdächtig ist. Die Frau ist ebenfalls geprüfte Krankenpflegerin. Sie ist fleißig, scheut sich vor keiner Arbeit und hat außerdem noch von ihrer nur kleinen Wohnung ein Zimmer vermietet. Aber alles das reicht kaum hin, um für sich und die Kinder das Notwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen. Der Wittwisten hatte seinerzeit dem Mann eine Rente abgelehnt, weil er an eine Schwächung seiner Gesundheit durch den Krieg nicht glaubte. Dieser Tage aber gab es für die arme Witwe einen freudigen Lichtblick

und die Hoffnung auf ein helleres Leben fortan. Der Vorstand des Frauenvereins teilte ihr nämlich mit, daß sie bis auf weiteres wegen ihrer Notlage eine monatliche Unterstützung erhalten werde. Freudig eilt die Witwe zu der Wohltäterin, die ihr mit wunderbaren Worten eröffnet, daß sie ein monatliches Milchgeld von fünfundzwanzig Mark erhalten solle! Die aus allen Himmeln und Hoffnungen gefallene Witwe ist über diese Wohltat sehr dankbar, vielleicht gar dorb geworden. „Rein Gott, solche Leute! Die Vorstandsdame aber wurde kühl bis ans Herz hinan und hat gewiß nachher in ihren feudalen Kreisen gesagt: „Das kommt davon, wenn man sich mit dem Plebs einläßt.“ So geschehen im Jahre des Herrn und Heils 1923!

## Sieg der Valutäre.

### Auf dem Schlachtfeld des Adlon-Speisezimmers.

Eine Berliner Lokalcorrespondenz, der wir die Verantwortung für die Richtigkeit überlassen müssen, bringt folgenden „Schlachbericht“:

Im Hotel Adlon hatte sich gegen die Herren der dort wohnenden französischen Kommission in letzter Zeit eine Bewegung bemerkbar gemacht, und besonders die dort verkehrenden Amerikaner, Norweger, Schweden, Holländer und Russen, selbstverständlich auch die deutschen Gäste, hatten in offenkundiger Weise ihre Plätze derart gemischt, daß um den Tisch der französischen Kommission ein sehr fähbarer leerer Raum entstand. Die Leitung des Hotels Adlon, die für den Zwischenfall nicht verantwortlich gemacht werden, die aber auf der anderen Seite nicht nur auf ihre französischen Gäste, sondern auf die anderen Parteien Rücksicht nehmen wollte, hatte sich deswegen an das auswärtige Amt und an das Reichsvermögensamt gewandt, um durch den Einfluß dieser amtlichen Stellen einen Ausweg aus der allmählich für die Franzosen sehr peinlich werdenden Lage zu finden. Am gestrigen Donnerstag sind nun die Mitglieder der französischen Kommission nicht wie sonst unter Führung des Generals Rollet an ihre gemauerten Plätze zurückgeführt, sondern haben auf ihren Zimmern speiselt.

Die Herrschaften, die es sich für ihre brauchbare Valuta im Hotel Adlon wohl sein lassen, haben demnach einen furchtbaren „Sieg“ über die Franzosen davongetragen.

## Ein 50-Millionen-Diebstahl.

### „Spaniola“, „Krieter Willi“ und „Monokel-Schorj“.

In einem gewissen Teil der Berliner Verbrechermasse, welcher auch schon in dem Nordprozess gegen die Frau Spanier und ihre Mitläufer eine gewisse Rolle gespielt hatte, leuchtete eine Verhandlung hinein, welche gestern unter großem Andrang des Publikums die 4. Strafkammer des Landgerichts III befristete. Angeklagt wegen schweren Diebstahls waren der berufstolle Ludwig Bohn, der ebenfalls in Nordprozess Reicher eine gewisse Rolle gespielt hatte, und der Schlosser Friedrich Baumgärtner. Wegen Begünstigung bzw. Fehllehre hatten sich außerdem neun weitere Angeklagte zu verantworten.

Ein interessanter Typ unter diesen ist die unter dem Spitznamen „Bakula-Mädel“ in gewissen Kreisen bekannte Kontoristin Daisy Emmerich. Diesen Spitznamen hat sie dadurch erhalten, daß sie als „richtiggehende“ verlobte Braut eines an der Universität Tokio tätigen Professors als erste Deutsche nach dem Kriege nach Japan kam und dort derartige Aufsehen erregte, daß die japanischen Zeitungen spaltenlange Artikel mit ihrer Photographie veröffentlichten. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland kam sie auch mit dem jetzigen Angeklagten Bohn in Berührung, der von allen möglichen dunklen Geschäften lebte und den Spitznamen „Spaniola“ führte. Eines Tages wurde bei dem in der Pension Korzu in der Kantelstraße wohnhaften Rechtsanwalt Fernando Gagnani aus Lima in Peru ein mit großer Dreifigkeit ausgeführter Juwelenraub verübt. Den Dieben fielen außer merkwürdigen Gold- und Silberstücken, Perlentollern, Brillantdiademem u. a. auch hochwertige ausländische Geldsorten, so 528 Dollar in die Hände. Der Wert der gestohlenen Diebesbeute betrug weit über 50 Millionen. In dem Diebstahl soll neben Baumgärtner, der den Spitznamen „Krieter Willi“ führt, auch der vor einigen Tagen im D-Zuge verhaftete „Kaufmann“ Beyer eine Rolle spielen, welcher in Verbrechertreisen den Spitznamen „Monokel-Schorj“ führt. — Zu der gestrigen Verhandlung war der Angeklagte Bohn nicht erschienen. Von Rechtsanwalt Dr. Frey wurde darauf hingewiesen, daß B., wie im Spanier-Prozess von Kriminalbeamten vorgebracht worden sei, angeblich geisteskrank sei. Wenn dies festgestellt werde, so liege

(Nachdruck verboten. Der Wolff-Verlag, Berlin.)

# Drei Soldaten.

26] Von John dos Passos.

Als dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert. „Oh, ich weiß nicht.“ Eisenstein stand auf. „Wir gehen besser zu den Baracken zurück. Kommst du mit, Fuselli?“ fragte er. „Vielleicht.“ antwortete Fuselli gleichgültig, ohne aufzustehen. Eisenstein und der Franzose gingen hinaus in den Laden. „Bon war.“ sagte Fuselli sanft und lehnte sich über den Tisch. „Heb, Mädchen!“ Er warf sich über den breiten Tisch, legte seine Arme um ihren Nacken und küßte sie. Alles in ihm war ein einziges Begehren. Sie schob ihn ruhig weg mit kräftigen kleinen Armen. „Laß.“ sagte sie und wies mit dem Kopfe in der Richtung auf die alte Frau, die in ihrem Stuhl in der dunklen Ecke des Zimmers saß. Dann standen sie aneinandergeliebt und horchten auf das schwache, schnaufende Schnarchen. Wieder legte er seine Arme um sie und küßte sie lange auf den Mund. „Morgen?“ sagte er. Sie nickte mit dem Kopfe. Fuselli ging schnell die dunkle Straße nach dem Lager hinunter. Das Blut schlug froh in seinen Adern. Er holte Eisenstein ein. „Sag mal, Eisenstein.“ sagte er kameradschaftlich, „ich meine, du solltest aufhören, so zu sprechen. Du wirst dir damit etwas Furchtbares einbroden.“ „Ist mir egal.“ „Aber Mann, mach doch nicht solche Dummschheiten. Die erschrecken Leute für weniger, als was du sagtest.“ „Laß sie.“ „Sei doch nicht ein solcher Narr, Mensch!“ rief Fuselli aus. „Wie alt bist du, Fuselli?“ „Zwanzig.“ „Ich bin dreißig. Ich habe mehr erlebt als du, Junge, ich weiß, was gut und was schlecht ist. Diese Schlächterei macht mich unglücklich.“ „Ich weiß, es ist die Hölle, aber wer ist schuld daran? Wenn irgendeiner den Kaiser erschossen hätte. . .“ Eisenstein lachte bitter. Am Eingang des Lagers wartete Fuselli einen Augenblick

und beobachtete die kleine Gestalt Eisensteins, die mit ihrem etwas watschelnden Gang in der Dunkelheit verschwand. „Ich werde in Zukunft sehr vorsichtig sein.“ meinte er zu sich selbst. „Dieser verdammte Franzose ist vielleicht ein deutscher Spion oder ein Offizier im Geheimdienst.“

Ein kalter Schauer überfiel ihn und erschütterte seine frohe Selbstzufriedenheit. Seine Füße brachen durch das dünne Eis in die Pfützen, als er die Straße hinauf zu den Baracken ging. Er fühlte, man beobachte ihn von überall her aus der Dunkelheit, irgendeine gigantische Gestalt treibe ihn vorwärts durch die Dunkelheit, halte eine Faust über seinen Kopf und sei bereit, ihn zu Boden zu schlagen. Als er in seine Decken eingerollt lag, flüsterte er seinem Freunde Bill Grey zu: „Ich habe da in der Stadt mit einem Mädel 'ne Geschichte angefangen.“

„Mit wem?“ „Yvonne. Aber sag's niemand.“ Bill Grey piffte leise: „Du willst hoch hinaus, Dan.“ Fuselli unterdrückte ein Räubern: „Das Beste ist immer noch nicht gut genug für mich.“ „Ich werde euch verlassen.“ sagte Bill Grey. „Wann?“ „Sehr bald. Ich kann dieses Leben nicht ertragen. Berstehe nicht, wie du's fertigbringst.“ Fuselli gab keine Antwort. Er schmiegte sich warm in seine Decken, dachte an Yvonne und daran, daß er bald Korporal sein werde.

Im Licht der einen flackernden Lampe, die einen unruhigen rötlichen Schein auf den Bahnhofsplatz warf, sah Fuselli auf seinen Fuß. Vom Morgen des vierten bis zum Morgen des fünften Februar war er ein freier Mann.

Seine Augen schmerzten noch vom Schlaf, als er den kalten Bahnhofsplatz auf und ab ging. Vierundzwanzig Stunden würde er niemanden Befehlen gehorchen müssen. Trotz der Einsamkeit, in einem fremden Land nachts in einem Zuge fahren zu müssen, war Fuselli glücklich. Er kloperte mit dem Geld in seiner Tasche.

Den Schienenstrang hinunter erschien ein rotes Auge und wuchs, immer näher kommend. Er konnte das schwere Geräusch der fahrenden Lokomotive hören. Ein großes, flackerndes Feuer leuchtete rot auf, als die Lokomotive langsam an ihm vorbeifuhr. Ein Mann mit nackten Armen, die von Kohlenstaub schwarz waren, lehnte heraus, vom Feuerchein

grell beleuchtet. Jetzt glitten die Wagen an ihm vorbei. Offene Wagen mit Kanonen darauf, mit Tuch überspannt, wie die Schnauzen von Jagdhunden, Güterwagen, aus denen hier und da der Kopf eines Mannes herauschaute. Der Zug hielt fast an. Die Wagen klirrten gegeneinander, den ganzen Zug hinunter. Fuselli sah ein paar Augen, die im Lampenlicht glänzten; eine Hand streckte sich ihm entgegen.

„Auf Wiedersehen.“ sagte eine knabenhafte Stimme. „Weiß nicht, wer du bist. Aber auf Wiedersehen und viel Glück!“ „Auf Wiedersehen.“ stammelte Fuselli. „Ihr geht an die Front?“

„Ja.“ antwortete eine andere Stimme. Der Zug setzte sich wieder in Bewegung. Das Geräusch der gegeneinanderklirrenden Wagen hörte auf, und bald bewegten sie sich wieder schnell vor Fusellis Augen. Dann war die Station wieder dunkel und leer. Er beobachtete das rote Licht, wie es immer kleiner und blässer wurde, während der Zug in die Dunkelheit hineinrotterte.

Goldene, grüne und rote Seide und verworrene Zeichnungen von nackten, fleischigen Cupidos erfüllten Fusellis verwirrten Sinn, als er voll Staunen die Treppe des Palastes hinunterstapelte, in den schwach rötlichen Sonnenlicht hineinströmte. Einige Namen, Napoleon, Josephine, das Empire, die nie für ihn irgendwelche Bedeutung gehabt hatten, gingen ihm geisterhaft durch den Sinn, wie eine Darstellung lebender Statuen in einem Vaudevilletheater.

„Diese Leute müssen Geld gehabt haben.“ sagte er zu dem Manne, der mit ihm ging, einem Flieger. „Laß uns gehen und zusammen ein Glas trinken.“

Fuselli war still und in seine Gedanken vertieft. Hier war etwas, was seine Vision von Reichtum und Ruhm übertraf, die er mit Al zu teilen pflegte, als sie die großen Schiffe voll glühender Dampfer beobachteten, die durch das Goldene Tor hereinkamen.

„Sie hatten nichts dagegen, nackte Frauen um sich zu haben.“ sagte der Flieger, der ein mürrischer kleiner Mann war, schlecht aus dem Munde roch und in einem Wollgeschäht beschäftigt gewesen war.

„Hast du was dagegen?“ „Ne, kann nichts dagegen haben. . . Das waren aber sicher ganz unmoralische Leute.“ fuhr er fort.

(Fortsetzung folgt.)

b.) den Mitangeklagten auch keine Begünstigung bzw. Hehlererei vor. Das Gericht mußte unter diesen Umständen das Verfahren gegen sämtliche Mitangeklagte abtrennen. Es konnte deshalb nur gegen Baumgärtner allein verhandelt werden und kam zu einer nebulösartig milden Strafe von einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung eines Teiles der Untersuchungshaft.

### Einbruchsdiebstahl nach dem Abendmahl.

Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I hatten sich gestern der 17jährige Arbeitstote Josefowicz, der Händler Brose und der Uhrmacher Wils zu verantworten. Es war eines Sonntags in der Kapelle des katholischen St. Josephsvereins zum Abendmahl gewesen und hatte aufgemerkt, wohin die kostbaren Silbergeräte geschafft wurden. Es war ihm gelungen, unbemerkt in die Sakristei zu gelangen, wo er mehrere silberne Geräte an sich nahm. Durch die Vermittlung des Brose hatte er dann am folgenden Tage einen silbernen Reich, den er zerlegt hatte, an den Uhrmacher Wils für 4000 M. verkauft. Das Diebesgut hatte einen Wert von weit über eine Million Mark. Der Staatsanwalt beantragte „in Anbetracht der ganz außerordentlichen Gefährlichkeit und moralischen Wertlosigkeit“ gegen Josefowicz ein Jahr Gefängnis und gegen die beiden Hehler je sechs Monate. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte Josefowicz zu zwei Jahren Gefängnis und Brose und Wils zu je sechs Monaten.

**Alchemiebrecher** suchten den Deutschen Dom auf dem Gendarmenmarkt heim und erbeuteten Silberbeschläge von zwei Bildern, eine bronzene vergoldete Christusfigur, einen silbernen Ringelstein, eine silberne innen vergoldete Platte, eine silberne Weinlanne, zwei silberne innen vergoldete Kelche, einen Abendmahlskelch, mehrere Kerzen und einige Flaschen Wein im Gesamtwert von über eine Million Mark.

### Neue Meldevorschriften.

Der neuen Meldepolizeiverordnung entnehmen wir folgende für Hauswirte wie Mieter gleiche wichtige Bestimmungen zur Beachtung: Der Hauseigentümer oder Hausverwalter hat spätestens am dem nächsten auf den Zu- oder Abgang folgenden Wochentage von jeder im Hause eingetretene Wohnungsveränderung auf vier Vordrucke der vorgezeichneten Meldebettel dem zuständigen Polizeibeamten vor Schluss der Dienststunden (6 Uhr nachmittags) Anzeige zu erstatten. Anstelle des vierten Meldebettels kann das Hausbuch benutzt werden.

### Festnahme eines Raubmörders.

In der Nacht zum 3. Januar dieses Jahres wurde, wie wir damals ausführlich berichteten, der alte Schneidermeister Georg Alboch, der von seiner Frau getrennt in dem Hause Helmholzstr. 21 für sich allein hauste, ermordet und beraubt. Die Täter waren vier „Hilfsgänger“, die der alte Meister bei sich eingelassen hatte, um mit ihnen zu singen und sie als Kuchenhelfer zu benutzen, ein 21 Jahre alter Johannes Unger aus Kärnten, ein Köchler Arbeiter Otto Deppner aus Braunschweig, ein 25 Jahre alter Wilhelm Kantsch aus Osnabrück und ein ebenfalls 25 Jahre alter Alfred Skomronnek aus Berlin. Unger und Kantsch wurden alsbald ermittelt und festgenommen. Die beiden anderen waren bisher verschwunden. Die Kriminalpolizei rechnete damit, daß wenigstens Skomronnek nach seiner Heimat Berlin zurückkehren werde. Das erwies sich als richtig. Die Höfe der Berliner Häuser wurden ständig von Kriminalbeamten des Raubdesernats auf die Sänge hin beobachtet, und so gelang es gestern, auf einem Hof im Norden der Stadt auch Skomronnek festzunehmen. Im Verhör gab er gleich zu, bei dem Verbrechen zugegen gewesen zu sein, bestreitet aber, selbst mit Hand angelegt zu haben. Gleich nach dem Ueberfall machte er eine „Sängersahrt“ über Dortmund, Mannheim und Magdeburg, kehrte aber nach Berlin zurück, weil hier mit der Singerei am meisten zu verdienen sei. Deppner wird noch eifrig gesucht.

### Die Dienst- und Nationalflaggen.

Wiederholte unliebsame Zwischenfälle auf den Berliner Wasserstraßen zeigen immer wieder, daß die von den Fahrzeugen der Wasserbauverwaltung geführte Dienstflagge in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht bekannt ist. Die Flagge zeigt, wie man auch auf den in allen öffentlichen Gebäuden aufhängenden Flaggenordnungstafeln erleben kann, in der Tat die schwarzwelkreuzrote Flagge. Das republikanische Element wird lediglich durch einen schwarzen Adler mit rotem Schnabel und Klauen im goldenen Mittelstück direkt angedeutet. Da es außerdem noch die schwarzwelkreuzrote Nationalflagge gibt und ferner eine schwarzwelkreuzrote Handelsflagge mit schwarzwelkreuzrotem Oberd, das selbst in kleinen Entfernungen kein Reich sehen und erkennen kann, und außerdem noch eine schwarzwelkreuzrote Kriegsflagge mit schwarzwelkreuzrotem Oberd und einem Eisernen Kreuz in der Mitte, so macht es einige Mühe, die verschiedenen National- und Dienstflaggen auseinanderzuhalten. Eine schwarzwelkreuzrote Flagge amtlichen Charakters gibt es überhaupt nicht mehr.

### Der Kampf gegen die Raupenplage.

Es sei erneut darauf hingewiesen, daß in allen Gärten, Alleen, Baumkulturen und Hofräumen alljährlich während der Zeit vom 1. November bis 15. März sämtliche Bäume und Sträucher, und zwar die Bäume bis zu einer Höhe von mindestens 6 Meter über dem Erdboden leitens der Eigentümer, Wächter, Kuchenhelfer und Verwalter der betreffenden Grundstücke oder Anpflanzungen von Raupennestern und Schmetterlingsweibern zu befreien sind. Das gleiche gilt von Einfriedigungen bepflanzt mit Rosen (Rosaen, Weidenrindeln, Rosen usw.). Die Raupennester und Schmetterlingsweiber sind durch Verbrennen oder Zerdrücken zu vernichten. Zuwiderhandelnde machen sich strafbar.

**Der neue Milchpreis.** Die Ernährungsdeputation des Magistrats hat für die kommende Woche den Kleinverkaufspreis für Milch auf 500 M. festgelegt.

Ein großer Fabelbrand brach am Mittwochabend gegen 6 Uhr in der Feilenfabrik von Oskar Fromm in Reinickendorf, Pfandstr. 103, vermutlich infolge schadhafter Beschaffenheit des Schornsteins aus. Der Dachstuhl und die Fabrikofenanlage wurden vollständig zerstört. Die Reinickendorfer Feuerwehr und ein Zug der Berliner Feuerwehr waren angestrengt tätig. Der Schaden beträgt etwa 1 1/2 Millionen Mark.

Zwanzig Millionen Mark für die wachsende Ruhrbevölkerung hat der Magistrat Berlin vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bewilligt.

Die Tageseinnahme von 100 Millionen Mark überschritten hat die Straßenbahn gestern zum erstenmal. Die Einnahme betrug 102,7 Millionen Mark. Die Nord-Süd-Bahn hat an ihrem getriebenen zweiten Betriebstage bereits eine Gesamteinnahme von 4,7 Millionen Mark erzielt.

Wie bei dem Dedenzesturz im Mosse-Hause verunglückten Personen wurden nunmehr beigelegt bzw. im Krematorium Gerichtsstraße eingedäschert; sie finden ihre letzte Ruhestätte auf verschiedenen Friedhöfen in der nächsten Umgebung von Berlin.

Eine Kundgebung der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus zum Kundgebungs des Reichstages am 2. gegen 4. Februar, nachmittags 11 Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße, 111. Sprechen werden Oberster Reichsanwalt Prof. Dr. Bonhoeffer, Frau Reichmann, M. D. v. und Oberverwaltungsgericht Dr. R. Wehmann. Eintrittskausweise können kostenlos von der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, Berlin-Dahlem, Werderstr. 16 (Stegitz 1886) bezogen werden.

**Zum Beiden der Armen des Verwaltungsbezirks Friedrichshain** veranstaltet das zuständige Bezirksamt am Freitag, den 2. Februar 1923, abends 8 Uhr (Einlass 7 Uhr), in der Brauerei Friedrichshain ein großes Streichkonzert. Karten sind im Bezirksamt Friedrichshain, Markusschtrage 49, und an der Abendkasse erhältlich.

**Winterabend für die Kleinrentner.** Das Bezirksamt Prenzlauer Berg veranstaltet am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den Räumen des Rentnerheims, Greifswalder Straße 223, 1. Et., bei freier Eintritt für die Kleinrentner einen bunten Abend. Namhafte Künstler haben sich freudigst zur Verfügung gestellt. Das abwechslungsreiche Programm wird nicht nur den oft sehr bedrückten Kleinrentnern die notwendige heitere Abwechslung bieten, sondern auch einen Beleg sein, wie durch Zusammenfassung der den Kleinrentnern innewohnenden Anteilnahme und reichen Lebenserfahrung das Rentnerheim zu einem Brennpunkt geistigen Lebens und Wohlbefindens gestaltet werden kann.

### Die Fleischvergiftungen in Freienwalde.

**Staatsanwalt gegen Schlächtermeister und Tierarzt.** Die Erkrankungen von rund 200 Personen, die in Freienwalde nach dem Genuß von Pferdefleisch eingetreten sind, dürften, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht nur für den Schlächtermeister Rejzuleit, sondern auch für einige Tierärzte in der Umgebung von Freienwalde ein sehr ernstes gerichtliches Nachspiel haben. Glücklicherweise scheint die Vergiftung jetzt ihren Höhepunkt überschritten zu haben, denn nach der Ansicht der Ärzte, die gegenwärtig noch rund 210 in Behandlung haben, werden alle Betroffenen mit dem Leben davonkommen. Weitere Todesfälle haben sich gestern nicht mehr ereignet.

Auf Veranlassung des Landrats von Oberbarnim war die Regierung in Potsdam von den Vergiftungen benachrichtigt worden, und so erschienen gestern in Freienwalde der Regierungsmedizinalrat mit dem Regierungsobermedizinalrat, um die bereits eingeleiteten Untersuchungen zu prüfen und weitere Maßnahmen zu veranlassen. Gleichzeitig hatte auch die zuständige Staatsanwaltschaft einen Vertreter entsandt. Die Obduktion der nach dem Genuß des Pferdefleisches Verstorbenen, die in Gegenwart der genannten Regierungsvertreter vorgenommen wurde, ergab, daß als Todesursache Paratyphusbazillen anzunehmen sind. Aber selbst wenn sich der Verdacht, daß in dem Pferdefleisch sich Paratyphusbazillen befunden haben, nicht bestätigen sollte, sind nach dem Urteil der leitenden städtischen Behörden von Freienwalde doch so ungeheuerliche Mißstände zuzugeben, daß von den zuständigen Stellen eine schärfere Handhabung der Fleischbeschau verlangt werden dürfte. Wie jetzt amtlich festgestellt worden ist, hat der Rohfleischer Rejzuleit insgesamt in den Tagen vom 22. bis zum 24. sechs Pferde geschlachtet und verkauft, von denen nicht weniger als drei nach dem Urteil der Regierungärzte Träger von Paratyphusbazillen gewesen sind. Besonders schwer erkrankt war ein Pferd, des dem Gutsbesitzer Baron v. Eckardstein in Reichenow bei Wriezen gehörte. Das Tier war bereits längere Zeit krank und wurde erst kurz vor dem Verenden durch den Schäfer des Gutes abgeschlachtet. Der Schlächtermeister Rejzuleit kaufte das Pferd, schlachtete es in Freienwalde aus und übergab erst zwei Tage später dem Tierarzt Josef Fleischproben zur Beschau. Dabei hat nach den bisherigen Feststellungen Rejzuleit es unterlassen, dem Tierarzt Proben der Därme vorzulegen und Dr. Josef hat solche auch nicht verlangt. In dieser Unterlassung erblicken die Regierungärzte eine schwere Verfehlung, da gerade die Untersuchung des Darminhalts für das Ergebnis der Beschau von ausschlaggebender Bedeutung gewesen wäre. Bemerkenswerterweise haben aber auch zwei andere Tierärzte nicht die Beobachtung gemacht, daß Pferde, die Rejzuleit dann später ausgeschlachtet hat, Typhusbazillenträger waren.

Die Erregung der Bevölkerung in Freienwalde war nach dem Bekanntwerden des Untersuchungsergebnisses eine ungeheuer große und konnte nur durch die Mitteilung gemildert werden, daß sowohl gegen den Schlächtermeister als auch gegen den Tierarzt Josef von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren bereits anhängig gemacht worden sind.

### Das ober-schlesische Grubenunglück.

Zu dem Grubenunglück auf der Heinihrgrube erfahren wir noch, daß die Explosion vorgelesen früh auf dem Kömhlischschacht bei Birkenhain erfolgte. Die Explosion war so stark, daß die Grubenlampen erloschen. 31 Bergleute wurden noch vermisst. Fast alle an das Krankenhaus wegen Gasvergiftung Ueberwiesenen konnten bereits wieder entlassen werden, da sich die Vergiftungsercheinungen nach kurzer Behandlung glücklicherweise als leicht herausstellten. Wie jetzt feststeht, ist auch die Belegung der Grubenfirma Stephan in Charley in Schlesien in Mitleidenschaft gezogen, da infolge der Explosion der Ueberweg zum Kömhlischschacht eingestürzt ist. Die Reaktivierung von Oppeln hat zur Anschließung von Lebensmitteln für die von dem Unglück betroffenen Familien eine Million Mark zur Verfügung gestellt.

Die Zahl der Toten erhöhte sich auf 112. Vermisst werden noch 89 Mann. Von den ins Anspasshospizarett Eingelieferten konnten bisher 102 entlassen werden. Ueber die Entstehungsurache des Unglücks ist noch immer nichts ermittelt.

### Beileidskundgebung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des schweren Grubenunglücks auf der Heinihrgrube bei Beuthen-Ober-schlesien an den Oberbürgermeister von Beuthen nachstehendes Telegramm gerichtet:

Schmerzlich bewegt durch die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Heinihrgrube bitte ich Sie, den Hinterbliebenen der in ihrem Berufe ums Leben gekommenen Bergleute meine herzlichste Anteilnahme auszusprechen und der Verwaltung und dem Betriebsrat der Grube mein aufrichtiges Mitgefühl zu übermitteln. Als erste Hilfe für die zahlreichen Opfer der Katastrophe habe ich Ihnen heute den Betrag von 2 Millionen überweisen. Reichspräsident Ebert.

Der preussische Ministerpräsident hat zur ersten Hilfeleistung für die Opfer des Grubenunglücks in der Heinihrgrube gleichfalls den Betrag von zwei Millionen Mark überwiesen.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis. Mitte. Erste, Freitag, den 2. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16-17, Zimmer 28, Arbeiterbildungsstelle; Fortsetzung der Verhandlungen des Genossen Sorlig: „Der wissenschaftliche Sozialismus“, Sprecherin am Abend.
2. Kreis. Eisenstein. Sonnabend, den 3. Februar, 7 1/2 Uhr, Sitzung der neu-gewählten Parteimitglieder beim Genossen Schwarz S. Zimmer, Henschelstr. 2. Einigen Einlad.
3. Kreis. Wedding. Bildungsaussch. Sonnabend, den 3. Februar, 4 bis 7 Uhr, Besprechung der Theaterkassen für Januar.
7. Kreis. Charlottenburg. Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, engere Sitzung bei Will, Lützowstr. 7-8.

### Heute, Freitag, den 2. Februar:

22. Ust. 22. Gemeindefschule, 7 1/2 Uhr, Oberverwaltungsamt Gemeindefschule, Prandstr. 22. Ref. Gen. Frau Marzow. Thema: „Die neuen amtlichen Lehrpläne für die Gemeindefschulen“.
- Jungsozialisten. Gruppe Scharnberg-Friedenau, 1 Uhr im Jugendheim, Feurigstr. 33, Eberchenstr.

### Morgen, Sonnabend, den 3. Februar:

- Charlottenburg-Spanbau. Jeden Sonnabend von 5 bis 8 Uhr im Jugendheim Charlottenburg, Köpenicker 4, juristische Sprechstunde.
- Spanbau. 7 1/2 Uhr Gruppenkonzert im Gemeindefschulhaus zu Spanbau, Ref. Gen. Frau Marzow. Tagesordnung: 1. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung. Ref. Gen. Frau Marzow. 2. Gruppenangelegenheiten. Die Funktionen der Gruppen müssen unbedingt erfüllt sein.

# Wirtschaft

## Die Kohlenperle.

Die ökonomischen Wirkungen der Abschneidung der Kohlentransporte aus dem Ruhrgebiet nach dem unbeflegten Gebiet werden nicht unvermittelt in Erscheinung treten, es sei denn, daß einzelne, ohnehin mit geringeren Vorräten versehenen Werke mit zeitweiligen Einschränkungen zu rechnen haben. Im allgemeinen sind die industriellen Unternehmungen für längere Zeit mit Kohle versehen; die Kohlenvorräte sind sogar, wenn man die vielen Klagen über die Kohlenknappheit der letzten Monate in Betracht zieht, vielfach erstaunlich groß. So sind nach Mitteilungen der letzten Zeit einzelne industrielle Werke noch auf 3 bis 4 Monate mit Kohlen versorgt. Diese Vorratswirtschaft, die im gegenwärtigen Abwehrkampf um das Ruhrgebiet Deutschland sehr zugute kommt, ist eine von den vielen Erklärungen für die enormen Gewinne der Industrie. Wenn man jetzt erst mancherorts an die Verarbeitung von Kohlen herangeht, die vor 3 Monaten für ein Fünftel und weniger des heutigen Preises eingekauft wurden, die Preistatulation für die fertige Ware jedoch den jetzigen Kohlenpreis zugrundelegt, so ergibt sich eine gewaltige Erhöhung des Profites. Die Hauptfrage ist aber, daß durch diese Kohlenbestände noch für einige Zeit Beschäftigung der Industrie gesichert bleibt.

Für den Hausbrand, der vorwiegend auf Braunkohle und Erzhölzstoff (Torf, Holz) angewiesen ist, wird die Kohlenperle weniger spürbar werden, zumal die Zeit der Wintereindeckung schon vorüber ist. Beschränkungen in der Beförderung kommen höchstens dann in Frage, wenn der Bedarf der Industrie an Braunkohle sich wesentlich steigern sollte. Ob und inwieweit das der Fall sein wird, ob man nicht vielmehr versuchen wird, den Ausfall an Ruhrkohlen durch die Einfuhr englischer Kohle auszugleichen, ehe man die zur Braunkohlenheizung in der Industrie notwendigen technischen Umänderungen vornimmt, muß die nächste Zeit zeigen.

Lebensfalls ist man ernsthaft bemüht, möglichst viel englische Kohle heranzuschaffen. Um zu beurteilen, inwieweit diese den Ausfall an Ruhrkohlenlieferungen weitmachen kann, muß man sich dessen erinnern, daß nach dem östlichen und südlichen Deutschland nur etwa 3 1/2 Millionen Tonnen monatlich von Westfalen aus verladen wurden. Der Rest waren Verbrauch der Fehden und der hochindustriellen besetzten Gebiete und Reparationskohlen. Aus der übrigen deutschen Steinkohlenproduktion allein, die nur 1,85 Millionen Tonnen monatlich beträgt, kann der Fehbetrag nicht bestreiten werden. Eine derartige Steigerung der Förderung ist undenkbar. Auch die Braunkohlenförderung kann schwerlich binnen kurzem in dem Grade gesteigert werden, um die Fehmengen zu beschaffen. Diese Feststellungen zeigen, wie unerlässlich das Ruhrgebiet für Deutschlands Wirtschaft ist und wie alles aufgeboten werden muß, um der verkappten Annerktion entgegenzuwirken.

Demnach sind wir auf Kohleneinfuhr angewiesen, wenn die Ruhrbefehung längere Zeit dauert. Aber der Fehbetrag von 3,5 Millionen Tonnen ist weder im Verhältnis zum deutschen Verbrauch, noch zu dem der für die Kohlenlieferungen in Betracht kommenden Staaten so groß, wie es auf den ersten Augenblick erscheinen konnte. In den Zeiten der großen Streiks und der geringeren Kohlenförderung von 1919 haben der deutschen Wirtschaft ähnliche Mengen monatlich gefehlt, ohne daß deswegen gleich die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen wäre. Damals aber war die Möglichkeit der Kohleneinfuhr gering. Inzwischen hat z. B. die englische Kohlenförderung bereits den Vorkriegsstand von rund 25 Millionen Tonnen wieder erreicht, wahrscheinlich sogar überschritten. Wird es auch großer Kraftanstrengung bedürfen, um trotz der hohen Devisenkurse Kohlen einführen zu können, zumal, da auch Frankreich sich um die englische Kohle bemüht, so sind wir doch nicht, wie damals, von aller Welt abgeschnitten. Unter diesen Umständen ist von einer unmittelbaren Gefahr für die deutsche Kohlenversorgung vorläufig nicht die Rede. Sache der Behörden aber wird es sein, durch eine umfassende Organisation der Kohleneinfuhr und durch Sparmaßnahmen im Verbrauch zu verhindern, daß die vorhandenen Vorräte zu rasch aufgebraucht werden, und zu bewirken, daß rechtzeitig Ersatz herankommt. Zeitweilige Kohlenknappheit wird unermesslich sein. Es muß dem vorgebeugt werden, daß daraus eine die deutsche verarbeitende Industrie bedrohende Kohlennot wird.

**Lebenshaltung und Löhne.** Unter diesem Titel erscheint soeben das zweite Heft des Jahrbuches der „Finanzpolitischen Korrespondenz“, herausgegeben von dem bekannten Statistiker Dr. Ruzhinski, im Verlag J. F. W. Diez, Berlin SW 68 (Gründungspreis 0,80 M.). Es enthält die Berechnungen über das Existenzminimum und die bezahlten Löhne, sowie eine Reihe von Artikeln des Herausgebers, die in klarer wissenschaftlicher Einstellung wertvolle Hinweise zur Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaft- und Finanzlage, ihrer Entwicklungstendenzen und deren Beteiligung enthalten. Die Schrift ist jedem, der in die ökonomischen Zeit- und Streitfragen der Gegenwart eindringen will, zu empfehlen.

4750fache Zölle. Für die Zeit vom 7. bis einschließlich 12. Februar 1923 beträgt das Goldgollaufgeld 474900 vom Hundert (bisher 823 400 v. H.).

**Gewaltige Ueberzeichnung der sächsischen Kohlenanleihe.** Im sächsischen Landtag teilte der Finanzminister Erdt mit, daß die von sächsischen Staatsausgaben aufgelegte Kohlenanleihe am ersten Zeichnungstage bereits nach drei Stunden überzeichnet worden ist, so daß die Zeichnung geschlossen werden mußte. Es soll aber ein weiterer Teil der Anleihe zu denselben Bedingungen auf den Markt gebracht werden. — Die gewaltige Nachfrage nach der Kohlenanleihe ist ein vernichtendes Urteil über die Finanzpolitik des Reiches, die wertbeständige Anleihen für unmöglich gehalten haben.

**Zahlungsunfähigkeit der größten tschechischen Privatbahn.** Die Verwaltung der Wälschgrader Eisenbahn, der letzten großen Privatbahn der Tschechoslowakei, hat sich für zahlungsunfähig erklärt und die Bezüge ihrer Angestellten nur zur Hälfte ausgezahlt. Die Verwaltung hat beschloffen, die Staatsverwaltung um Verhandlungen über eine Sanierung oder Uebernahme der Bahn durch den Staat einzuleiten. Der Staat erklärt sich jetzt bereit, die Einlösung der Bahn zu den Konzeptionsbedingungen vorzunehmen.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Sozialdemokratischer Männerklub Prenzlauer Berg. Die nächste Versammlung findet heute Freitag abend 8 Uhr bei Ring, Dönhofsplatz 11, statt. Gönnerfreundliche Genossen willkommen.
- Sund religiöser Sozialisten Deutschlands. Große öffentliche Volksversammlung am Freitag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Berlin O., Petersburger Straße 4. Es sprechen die Genossen Dehn und Dr. Gledowski.
- Sund Deutscher Lebensreformers. Lichtbildvortrag Sonnabend, den 3. Februar, 7 1/2 Uhr, in der Landwirtschaftlichen Hochschule, Hirschstr. 6: „Das Problem der Ernährung im Weltbau“. Ref. Oberbaurat Schärer.
- Touristen-Verein „Die Reiserührer“, Abendschilung Ober. Am Sonnabend, den 3. Februar, in der Wula-Lange Str. 31, Lichtbildvortrag: „Mit und ohne“ „Hans Huchstein“ usw. von Wilhelm Busch. Für Kinder Eintritt frei!
- Welter-Kleinrentner-Club, 461. Mitte, Sonnabend, den 3. Februar, Zusammenkunft im Heim, Steinstr. 35, pünktlich 7 1/2 Uhr. Gäste sind gern gesehen.

Wetter bis Sonnabend mittag. Mild, zeitweilig aufklarend, jedoch überwiegend trübe, mit wiederholter Regenschauern bei tiefen wolkigen Wänden.

# Jugend-Vorwärts

Nummer 1 / Freitag, den 2. Februar 1923

Der „Jugend-Vorwärts“ ist ein Diskussionsorgan der Arbeiter-Jugend und der Jungsozialisten. Es können hier gelegentlich auch Meinungen zum Ausdruck kommen, die dem Standpunkt der Partei nicht vollkommen entsprechen. Die Redaktion trägt daher für den Inhalt dieser Beilage nur die redaktionelle Verantwortung. Redaktion des „Vorwärts“.

## Von unserer Not.

Von Walter Spengler.

Die Jahre kommen und gehen. Was gestern war, ist morgen schon vergessen. Wir vergessen, daß wir ein Volk in Not sind, wir vergessen, daß das Ringen um Sein oder Nichtsein Deutschlands noch nicht entschieden ist. Wir vergessen unsere Not. Nicht nur jene Not, die vom Essen und Trinken, vom Kleiden und Wohnen spricht, nicht nur jene Not, die im Niedergang unserer Kunst, im Verfall unserer Seele, in der Sehnsucht unserer Jugend liegt, nein, auch jene große nationale Not, die aus der Gesamtheit des Volkes von Zeit zu Zeit in jähem Aufbruch bricht, vergessen wir zuweilen.

Aber dann löst plötzlich ein Geschehen wieder alles erwachen, was wir im Rauschen der Tage übersehen und überhören wollten. Dann steht vor unserem geistigen Auge mit Flammenschrift ein einziges Wort: Versailles.

In diesem Wort klingt die Trauer um Elsass-Lothringen, um Eupen-Malmedy, um die geraubten Teile Ost- und Westpreußens, um das abgetrennte Schlesien, klingen die Leiden des Rheinlandes und des Saargebietes, des Memellandes, Oberschlesiens, Posen und Danzigs.

Man hat uns die gesamte Handelsflotte genommen, die Zinkbergwerke Oberschlesiens, die Saargruben auf 99 Jahre, die Viehherden wurden geschlachtet, ganze Wälder wurden niedergehauen.

Behütlos, machtlos stehen wir dem allen gegenüber. Wir müssen erdulden, wie man im Rheintal die Kontessverträge, von deutschen Gerichten beurteilt, seitens der französischen Behörden wieder freiläßt, wir müssen erdulden, wie man deutsche Einwohner aus den besetzten und geraubten Gebieten wie Verräter davonjagt. Das alles aber heißt: Frieden.

Wir aber sagen: das ist der Friede nicht! Das ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das ist der Krieg, in dem die Frauen und Kinder in den vordersten Gräben stehen, das ist der Krieg eines blindwütenden Militarismus gegen ein wehrloses, feiges Volk.

Für uns geht die Frage um Sein oder Nichtsein. Es wird wenig darauf ankommen, was wir darauf antworten, alles aber darauf, was wir tun und was wir wollen.

Wir, das sind die von morgen und übermorgen, das ist Deutschlands Jugend und in erster Linie die Jugend des wertvollen Volkes. Werden wir fatalistisch in unserem Leid, so wird Frankreich nicht zögern, uns zu gegebener Stunde letzte und allerletzte Schläge zu versetzen.

Wächst aber eine Jugend heran, die edel im Denken, tapfer im Ertragen, fest, unerschütterlich fest im Willen zur nationalen Freiheit, unermüdet im Schaffen am Wiederaufbau unseres zerschlagenen Vaterlandes ist, dann kann man uns wohl brücken und biegen, zerbrechen kann man uns nicht.

Denken wir daran, daß unsere Väter und Mütter auf uns schauen, auf uns warten. Wir Jungen haben noch alle Möglichkeiten vor uns. Bisher haben wir keine oder doch nur wenig Gelegenheit gehabt, zu beweisen, ob wir etwas taugen oder nicht. Gewiß, wir haben viele Schmeichler um uns, die uns sagen, wir seien neue Menschen und besser als die anderen, wir seien heilige Feuer. Traut ihnen nicht! Laßt sie nicht unsere Führer werden, sie sind gefährlich. Unsere Freunde sind eher noch jene, die uns unsere Unzulänglichkeit vorhalten und sich nur durch unsere Tat umstimmen lassen wollen. Wir wachsen an unseren Gegnern besser als an unseren Schmeichlern!

## Volksgemeinschaft?

Von Otto Lamm.

Eine nationalistische Welle geht durch unser Volk. Sie wird veranlaßt durch die Gewalttaten des französisch-belgischen Militarismus. Diese Taten rufen die chauvinistischen und kapitalistischen Instinkte gewisser deutscher Volksschichten wach, die durch ihre unüberlegten Taten das denkbar größte Unheil anrichten, wenn ihnen nicht rechtzeitig entgegengetreten wird.

Die Volksgemeinschaft ist von jeher ein schlechter Berater gewesen. Die nationalstatische Volksgemeinschaft wird, wenn ihr nicht bald das Handwerk gelegt wird, den Untergang des deutschen Volkes, zum mindesten der deutschen Republik zur Folge haben. Zu welchem Grade der Abhängigkeit der nationalstatische „Geist“ in Deutschland gediehen ist, erfahren wir daraus, daß in dem Moment, wo Deutschland machtlos am Boden liegt und fremdes Militär große Gebiete Deutschlands besetzt, deutsche Volksgenossen, darunter auch Angehörige der bürgerlichen Jugend, singen: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen!“

Angelehnt der Tatsache, daß militärische und kapitalistische Gewalten die Existenz des deutschen Volkes bedrohen, blasen gewisse Elemente zur Einigkeit, zur Volksgemeinschaft. Besonders die Jugend soll mit diesen Worten einverstanden werden.

Unter der Parole „Gegen Versailles“ soll eine Volksgemeinschaft gegründet werden. Es ist bezeichnend für das deutsche Volk, daß dauernd über den Friedensvertrag und seine Folgen geredet wird, daß man aber kein Wort darüber verliert, was vor diesem Friedensvertrag gewesen ist bzw. welche Ursachen der Friedensvertrag hat. Man tut gerade so, als wenn die Geschichte erst seit dem Abschluß des Versailler Vertrags datiert. Es ist deshalb angebracht, einmal darauf hinzuweisen, daß der Friedensvertrag nur eine Folge jenes Krieges war, an dem auch die damaligen deutschen Gewalthaber durchaus nicht unschuldig sind, und an dessen Ausbruch der deutsche Militarismus und deutsche Kapitalismus ihr gerüttelt Maß Schuld haben. Es dürfte ferner auch angebracht sein, sich gerade im gegenwärtigen Moment einmal die Taten des deutschen Militarismus, die er im Kriege vollbracht hat, vor Augen zu halten. Als im Jahre 1918 die deutschen Heere Frankreich verließen mußten, war der größte Teil des ehemaligen besetzten Gebietes zu einer Wüste geworden. Vor allen Dingen das Industriegebiet war vollkommen zerstört. Die Bergwerke wurden ohne militärische Notwendigkeit unter Wasser gesetzt und sind deshalb für unabsehbare Zeit unbrauchbar. Maschinen wurden zerstört, Hunderttausende von Wohnhäusern in Schutt und Asche gelegt, die letzten Reste der Vegetation vollständig zerstört.

Unter den Folgen des deutschen Militarismus muß jetzt das deutsche Volk leiden. Zweifellos ist die heutige Jugend an diesen Taten unschuldig. Sie hat deshalb das Recht, gegen die augenblicklichen Gewalttaten des französischen Militarismus zu protestieren,

um so mehr, als sie unter diesen Gewalttaten am meisten leiden muß. Im Namen der einst von der französischen Republik proklamierten Menschenrechte kann die deutsche Jugend verlangen, daß sie nicht für die Gewalttaten einer früheren Generation verantwortlich gemacht wird. Dieses Recht der deutschen Jugend zum Protest wird jedoch in dem Augenblick verwirrt, in dem sie gemeinsame Sache macht mit den Volkschichten, die mitschuldig sind an dem Verbrechen, das in den Jahren 1914 bis 1918 an der Menschheit verübt wurde.

Für den Krieg und die Kriegsfolgen gilt das Wort: „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend immer Böses muß gebären.“ Wer die Geschichte der Menschheit kennt, der weiß, daß von jeher ein Krieg im Laufe der Zeiten einen oder mehrere andere zur Folge gehabt hat. Die deutsche Jugend, zum mindesten die deutsche arbeitende Jugend, muß deshalb, wenn sie mit dem Krieg als solchem brechen will, jeden Krieg bekämpfen. Daraus folgt, daß sie auch den Nationalismus, ganz gleich, wo sie ihn vorfindet, zu bekämpfen hat.

In Deutschland wird gegenwärtig unter der Parole „Volksgemeinschaft“ eine Hochkonjunktur für den Nationalismus vorbereitet. Die Parole der Arbeiterjugend kann nicht sein „Volksgemeinschaft“, sondern sie muß lauten: „Für Völkerverständigung und Völkerverfrieden, gegen Krieg und Nationalismus.“

## Mehr parteipolitische Bildungsarbeit.

Von Gerhart Seger.

Seit der Entdeckung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft wurde es in der deutschen Arbeiterbewegung als eine der hervorragendsten Aufgaben angesehen, die sozialistische Erkenntnis vom Wesen der Gesellschaft immer weiter auszubreiten und auch immer mehr zu vertiefen. Die Arbeiterbewegung handelte nach dem Worte von Karl Marx, daß die Theorie eine gesellschaftliche Macht wird, wenn sie die Massen ergreift. In der Arbeiterpartei wurde die planmäßige Bildungsarbeit, die in der Parteischule zentral und an vielen Orten lokal eifrig betrieben wurde, lebhaft unterstützt; die Parteiliteratur brachte fortgesetzt Veröffentlichungen, die neben der Ausbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus auch seiner Vertiefung dienten.

Der Krieg zerrüttete, wie jede andere Kultur, auch dieses Stück Kulturarbeit, das die deutsche Arbeiterklasse an sich selbst geleistet hatte. Die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung erzeugte zudem noch eine Zersplitterung der Kräfte und lenkte die Aufmerksamkeit von der Bildungsarbeit ab. Endlich aber: Die Arbeiterpartei stand — oder glaubte zu stehen — vor dem entscheidenden Schritt von der Theorie zur Praxis, vom wissenschaftlichen Sozialismus zum praktischen Sozialismus. In den Regierungen des Reiches und vieler Länder, in den Verwaltungskörperschaften der Gemeinden sahen nun eine Menge Sozialdemokraten und mußten praktische Arbeit leisten. Der Umschwung im ganzen Parteilieben war gegenüber der Vorkriegszeit so gewaltig, daß eine Fülle von Kräften, die früher die Träger der Bildungsarbeit waren, zur praktischen Arbeit herangezogen werden mußten. Damit entstand jene Situation, in der sich heute die deutsche Arbeiterklasse befindet und die eine furchtbare Gefahr in sich birgt: die Gefahr einer geistigen Verflüchtung der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese Gefahr besteht und kann gar nicht überschätzt werden. Der Inhalt der Parteipresse beweist allein schon, wie weit diese Verflüchtung fortgeschritten ist. Wo finden wir in der Parteipresse Artikel, die politische Situationen oder politische Fragen aus der tagesspolitischen Betrachtungsweise herausheben und mit aller Gründlichkeit wissenschaftlich-sozialistischer Methode behandeln. Der Sozialdemokratismus, die Republik, die Tatsache, daß die Arbeiterklasse heute die politischen Aufgaben erfüllen muß, die das deutsche Bürgertum 1848 hätte erfüllen müssen — all das bringt heute in die Arbeiterbewegung eine ganz andere, unsozialistische Geistesverfassung hinein, als drin sein müßte. „Der Staat aber, einmal eine selbständige Macht geworden gegenüber der Gesellschaft, erzeugt alsbald eine weitere Ideologie“ — so lautet Engels im „Ludwig Feuerbach“. Diese Ideologie, die die bürgerlich-demokratische Republik erzeugt, verdrängt in bedrückendem Maße das sozialistische, das Klassenbewußtsein der Arbeiterpartei in der deutschen Sozialdemokratie. Ueber der Erhaltung der Republik wird allzu oft vergessen, daß die Republik trotz aller Demokratie die Staatsform der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist; daß zwar die Arbeiterpartei jede mögliche Machtposition dieser Republik erobern und erhalten muß, aber doch nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck, als Kampfmittel zur Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Die verhängnisvolle Entwicklung unserer Geistesverfassung wird, besonders bei dem so wichtigen Wachstum der jüngeren Kräfte, noch verstärkt durch das Volkshochschulwesen. Ist es jetzt, nach so viel Jahrzehnten sozialistischer Arbeiterbewegung, wieder notwendig, hinzuzusetzen, daß es eine Ideologie der herrschenden Klassen gibt, durch die das Proletariat, die unterdrückte Klasse, in geistiger Abhängigkeit gehalten wird? Ist es jetzt wieder notwendig, zu sagen, daß nur die allerbestimmten Kräfte ihre Wegger selber wählen — daß man sich nicht geistig befreien lassen kann durch die Träger der bürgerlichen Wissenschaft, ganz besonders in Geschichte, Staatslehre, Wirtschaftswissenschaft und Politik? Ja, es ist leider notwendig, diese Binsenwahrheiten aus der Anfangszeit der Arbeiterbewegung wieder vorzutragen! Nach dem Kriege entdeckten viele Kreise des Bürgertums plötzlich, daß die Arbeiterbevölkerung in der Volkshochschule doch zu schlecht weggekommen sei; eine Flut von „Volkshochschulen“ ergoß sich über die Arbeiterpartei, eine Art „heiliger Wohlfahrtspflege“ gröhnten Stilles wurde inszeniert. Ohne weiteres kann man zu 75 Proz. den Verantwortlichen dieser Volkshochschulen den besten Willen, die ehrlichsten Absichten unterstellen; sicher werden nur wenige Träger dieser „heiligen Wohlfahrtspflege“ bewußt das Ziel verfolgen, durch die Auswahl des Bildungstoffes in der Arbeiterpartei planmäßig bürgerliche Auffassungen zu erzeugen. Dennoch, ob absichtlich oder nicht, ist die Wirkung dieser massenhaft betriebenen bürgerlichen Volkshochschulen praktisch überall dieselbe; es wird so eine Art „Hebung der Allgemeinbildung“ erreicht, die mit einer Pflege, Ausbreitung und Vertiefung der sozialistischen Weltanschauung nicht das mindeste zu tun hat.

Die wenigen Stunden und die wenigen Mittel, die die Arbeiterpartei an sich selbst verwenden kann, sind aber zu kostbar, als daß sie an Experimente verschwendet werden dürften. Die sich in ihren letzten Folgen doch nur gegen die Arbeiterpartei selbst richten. Der Krieg hat gerade die Arbeiterpartei fürchterlich dezimiert; die junge Generation, die jetzt in die lächerlich gewordenen Reihen des Proletariats nachwachsen soll, ist zu kostbar, als daß man ihre Erziehung dem bürgerlichen Gegner überlassen sollte. Dies darf um so weniger geschehen, als die Volkshochschule der Republik sich nur an wenigen Orten und in sehr bescheidenem Maße von der Schule des feindseligen Deutschlands unterscheidet.

Aus dieser geistigen Situation der Arbeiterpartei, wie sie hier mit wenigen Strichen zu zeichnen versucht wurde, ergibt sich als logische Folge die Forderung: mehr parteipolitische Bildungsarbeit! Es ist jetzt, leider auch bis in unsere Reihen und — was noch schlimmer ist — bis in unsere Presse hinein, Mode geworden, das Parteiwesen zu verachten; man schreit sich vor „parteiunfähiger Gebundenheit“ und vor dem „Schwören auf Parteiprogramme“. Das sind aberne bürgerliche Phrasen. Es zeugt von einem sehr ungeschicklichen Denken, wenn dieses Urteil über die Parteien nachgeplappert wird; die Parteien sind keine Erfindung des Teufels, sondern ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung; sie sind der politische Ausdruck und die politische Kampfesform der ökonomischen Klasseninteressen. So gut wie das kapitalistische Bürgertum und die Agrarier sich der Parteien bedienen, so gut bedient sich die Arbeiterpartei ihrer Partei, die so viele Jahrzehnte schwer um ihre Existenz gerungen hat und die nun endlich aus den Parteien wieder die Partei geworden ist. Die Partei der Arbeiterpartei wird aber ihre hohe Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn die Massen wieder mit der Liebe an ihr hängen und in ihr leben, die vor dem Kriege selbstverständlich war. Deshalb brauchen wir eine junge Generation, die die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie achten lernt, die begreift, daß das Schicksal der Partei das politische Schicksal der Arbeiterpartei ist. Deshalb brauchen wir auch wieder mehr parteipolitische Bildungsarbeit, sozialistische Bildungsarbeit, die planmäßig zum Kampfe in den Reihen der Partei vorbereitet, an Stelle der verschwommenen bürgerlichen Allgemeinbildung. Wir sind Sozialisten, kämpfen als Sozialdemokraten und tragen in uns eine Erkenntnis vom Wesen der menschlichen Gesellschaft, die uns und unserer Jugend kein Anderdenkender vermitteln kann!

## Vergeßt die Märzgefallenen nicht!

Von Richard Schwarz.

Die Regel mitten in der Nacht,  
die Stirne heit gespalten,  
so hebt ihr uns auf Mut'gem Vert  
hoch in die Luft gehalten!  
Doch in die Luft mit mildem Schrei,  
daß unsere Sommergebirge  
brenn, der zu über uns befehlt,  
ein Fluch auf ewig wehe.

Freilichtgath.

Zum 75. Male wiederholt sich in diesem Jahre der Tag, für den der Dichter diese Worte schrieb. Der 19. März 1848. Am Tage vorher war Berlin Schauplatz blutiger Barrikadenkämpfe, wobei das liberale Bürgertum mit Unterstützung des arbeitenden Volkes den Sieg für kurze Zeit errungen hatte. Die Truppen mußten abziehen, und zur gleichen Zeit zogen die Kämpfer der Freiheit zum Schloß, um dem Könige eine neue Forderung — die Volksbewaffnung — zu übermitteln. Währenddem hatte man die Leichen der Kämpfer im Schloßhofe aufgebahrt und mit Blumen geschmückt. Der König war gezwungen, die Leichen zu gräben, und treffend sagt da der Dichter, als der König den Hut zog, — „so sank zur Marionette, der erst ein Komödiant war!“

Der 22. März naht. Der Tag war dazu ausersehen, die Barrikadenkämpfer zu bestatten. In 183 Särgen brachte man die Leiden zum Friedhofshain, wo sie ihre letzte Ruhestätte fanden. Schmutzige Gedenksteine nennen die Namen der hier Schummernden, doch nur mit Mühe kann man sie entziffern. Da ruht „Ein unbekannter Mann“ und dort der Schloßkammerling Ernst Zinna, der die Barrikade an der Ecke der Jäger- und Friedrichstraße mit dem Schlossermeister Wilhelm Glaweald mutig verteidigte. Als die Barrikade fiel, da fiel auch der 17jährige Zinna. Früher war der kleine Friedhof im Friedhofshain der Wallfahrtsort der Berliner Arbeiterschaft. Tausende zogen am 18. März dorthin, um derer ehrend zu gedenken, die ihr warmes Lebensblut für die Freiheit vergossen hatten. Und heute? Man hat die Revolutionäre von 1848 fast vergessen. Das Bürgertum, das damals mit als treibender Teil der Bewegung anzusehen war, dieses Bürgertum hat seine Toten gänzlich vergessen. Die Demokraten, die bei jeder Gelegenheit betonen, daß die Märzgefallenen ihre Väter waren, denken nicht mehr daran, die Gräber zu besuchen. Wie war es im Vorjahre? Wo sonst am frühen Morgen unsere alte rote Farbe zwischen den Grabreihen aufsuchte? Erst spät kamen die einzelnen Abordnungen der sozialistischen Parteien und Zeitungen, um Kränze niederzulegen. Einige Gewerkschaften folgten, und die Arbeiterjugend Frieden aus legte einen schlichten Kranz nieder. Das war alles! Wo aber war die demokratische Jugend? Wo war die Demokratische Partei? Sie glänzte durch Abwesenheit. Werden sie in diesem Jahre kommen? Nachdem die Demokraten den „Mut“ aufgebracht haben, den Antrag der sozialistischen Parteien auf Instandsetzung der Gräber der Märzgefallenen zu Fall zu bringen, muß diese Frage verneint werden.

Uns als Arbeiterjugend bleibt es jetzt überlassen, die Gräber unserer Kämpfer gebührend zu schmücken. Der 18. März 1923 ist ein Sonntag. Allen ist somit Gelegenheit gegeben, die Gräber der Barrikadenkämpfer aufzusuchen. Jugendgenossinnen und -genossen! Sammelt schon jetzt in euren Abteilungen für eine schlichte Blumenpende. Und ist der 18. März da, so wollen wir alle zum Hain pilgern und dort eine kurze Andacht halten. Werbt für diesen Gedanken! Vergeßt die Märzgefallenen nicht!

## Johannes Sassenbach.

Einer unserer besten Freunde verläßt uns, um in anderer wichtiger Stelle für die internationale Arbeiterbewegung zu wirken. Johannes Sassenbach tritt am 1. Februar seinen Posten als internationaler Sekretär an und verläßt damit seinen heiligen Wirkungsort. Was die deutsche Arbeiterbewegung, was die Jugendbewegung insbesondere an ihm verliert, das können wir heute noch nicht übersehen. Seine Sprachkenntnisse, sein großes Wissen und sein reicher Sinn gaben ihm im In- und Auslande einen starken Einfluß, und überall gehört sein Herz der Jugend. Er konnte hinaufziehen, wohin er wollte, ob nach Italien oder nach England, die ersten, die ihn empfingen, waren Jugendliche. Als Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend, als Mitglied des Hauptvorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterjugend fehlte er auf keiner Tagung und Konferenz. Immer war er mit Rat und Tat zur Stelle. Mit der ganzen Kraft widmete er sich den Bildungsbestrebungen. Er gehört dem Zentralbildungsausschuß der Partei an, und in seiner großen Bibliothek fand manch einer Bausteine des Wissens. Als Vorsitzender der Volkshochschule Groß-Berlins hat er starken Anteil an der Entwicklung des Volkshochschulgedankens.

Nie drängte er sich in den Vordergrund. Bescheiden und zurückhaltend, frei von jeder Eitelkeitscherei, so kennen wir unseren Sassenbach. Mit unserem Grube und mit unserem Dank rufen wir ihm ein „Auf Wiedersehen!“ zu.

K. W.

